

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 3.00 RM., monatlich 1.00 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 vorauszahlbar. Einzelne Wochen-
 nummern 5 Pf. Sonntagsnummern
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.80 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Ungarn
 2.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM.
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,
 Schweden u. die Schweiz. Eingetrogen
 in die Post-Zustellungskategorie.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt: die fliegende Blätter (Anmel-
 den) 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das fertige Blatt 20 Pf. (zu-
 fällig 2 fertige Blätter, jedes
 weitere Blatt 10 Pf. Stellenangebote
 und Geschäftsanzeigen das erste
 Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf.,
 Blätter über 16 Buchstaben zahlen für
 zwei Blätter. Feuerungsanträge 20 Pf.,
 Familien- und Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gemeindefähige Berichts-
 anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S. O. 66, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Geschäfts von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | **Donnerstag, den 25. Oktober 1917.** | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Einbruch in die italienischen Linien.

Deutscher Gegenangriff im Houthoulster Wald. — Die Schlacht am Chemin-des-Dames. — Französischer Vorstoß bei Allemant und Chavignou. — Frontverlegung im Dünagebiet. — Deutsche Streitkräfte greifen am Isonzo ein.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. Oktober 1917. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern drängten unsere Truppen durch Gegenangriff den Feind fast völlig aus dem in unserer Abwehrzone noch besetzten Streifen am Südrand des Houthoulster Waldes zurück; Gefangene blieben in unserer Hand.

Im Kampfgebiete von Draaibant bis Sandvoorde nahm nachmittags das Feuer wieder erheblich zu; neue Angriffe erfolgten nicht.

Seceresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Franzosen begannen gestern in zwei Teilen einen großen Angriff am Chemin-des-Dames von dem Ailette-Grunde nördlich von Vougaillon bis zur Hochfläche nördlich von Boissy (25 Kilometer).

Die vormittags südlich des Dife-Wisne-Kanal sich entwickelnden Kämpfe führten zu schwerem, wechselvollem Ringen zwischen der Ailette und den Höhen von Orel. Der frühmorgens gegen unsere durch sechstägiges heftigstes Feuer gestärkten Linien anstürmende Feind fand starken Widerstand und kam wegen schwerer Verluste nicht vorwärts. Erst einem späteren, nach neuer Feuerbereitung geführten und durch zahlreiche Panzerwagen unterstützten Stoß frischer französischer Kräfte von Westen her auf Allemant, von Süden auf Chavignou gelang es, in unsere Stellungen einzudringen und bis zu diesen Dörfern vorzudringen. Dadurch wurden die dazwischen liegenden Stellungen unhaltbar. Bei der Zurücknahme der Truppen aus den in der Front zähe gehaltenen Linien mußten auch dazugehörige Batterien gesprengt und dem Feinde überlassen werden. Die Franzosen drängten scharf nach, doch wurde durch das Eingreifen unserer Reserven der feindliche Stoß südlich von Binon, bei Bardejon und dem hart umkämpften Chavignou aufgefangen; weitere Fortschritte blieben dem Gegner verweigert.

Die gleichzeitig auf der Hochfläche beiderseits des Schöftes La Royere (südlich von Hilaire) angeführten Angriffe mehrerer französischer Divisionen scheiterten trotz wiederholten Aufsturus unter den schwersten Verlusten.

Abends schritt nach mehrstündigem Trommelfeuer der Feind zwischen Brayne und Alles zum Angriff. Zweimal stürmten dort seine Truppen tiefgegliedert vor; im Abwehrfeuer und stellenweise in erbittertem Nahkampf brach an dieser Front der Stoß der Franzosen völlig zusammen.

In östlichen Kämpfen setzte sich die Schlacht bis tief in die Nacht fort; sie ist bisher nicht wieder aufgelebt.

Unsere Truppen haben sich heldenmütig geschlagen. Auf dem östlichen Maad-Nier spielten sich tagsüber südwestlich von Beaumont Grabenkämpfe ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen dem Rigaischen Meerbusen und der Düna nahmen wir in den Nächten bis zum 22. 10. ohne Störung durch den Feind unsere in dreiter Front vor die Hauptstellung weit vorgeschobenen Sicherungstruppen zurück, die in erfolgreichen Gefechten den Russen den Einblick in unsere Aufstellung seit Anfang September verwehrt hatten.

Mazedonische Front.

Lebhafte Artillerietätigkeit nur westlich des Ohrida-Seees und vom Bardar bis Dojran, wo Vorstöße der Engländer abgewiesen wurden.

Italienische Front.

Die Gefechtsfähigkeit in Tirol, Kärnten und am Isonzo ist merklich aufgelebt. Deutsche Artillerie hat in den Feuerkampf eingegriffen, deutsche und österreichisch-ungarische Infanterie hat heute morgen bei Flietsch, Tolmein und im Nordteil der Hochfläche von Bainsizza die vordersten italienischen Stellungen genommen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Abendbericht.

Berlin, 24. Oktober 1917, abends. Amtlich.

In Flandern starker Feuerkampf, am Chemin-des-Dames nur geringe feindliche Artillerietätigkeit. Die Franzosen haben ihren Angriff nicht fortgesetzt.

Im Osten nichts von Bedeutung.

An der italienischen Front nimmt die gemeinsame Angriffsoperation den beabsichtigten Verlauf. Bisher sind einige tausend Gefangene gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 24. Oktober 1917. (W. I. B.) Amtlich wird verlautbart:

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Im Bereich unserer Truppen nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der ganzen Südwestfront nahm die Gefechtsfähigkeit erheblich zu.

Bei Flietsch, bei Tolmein und im Nordteil der Hochfläche von Bainsizza-Heiligengeist brach österreichisch-ungarische und deutsche Infanterie nach mächtiger Artillerievorbereitung in die italienischen Linien ein.

Albanien.

Südlich von Berat und beiderseits des Devoli-Fusses kämpften unsere Sicherungstruppen mit Erfolg.

Der Chef des Generalstabes.

2 Millionen Zentner Zucker auf Lager.

Milchwirtschaft der Reichszuckerstelle.

Damit wir nicht übermäßig werden, hat die Reichszuckerstelle 2 Millionen Zentner Rohzucker der letzten Kampagne zurückgehalten. Wir wären in der Lage gewesen, mehr Obst zu konservieren, es fehlte uns an Zucker, und wir gaben uns der Meinung hin, es sei nicht mehr da. Es gab keinen Süßstoff, es fehlte an Fett, die Kinder und Säuglinge bekamen nicht genügend Milch. Zucker wäre eine Aushilfe gewesen, aber die Reichsstelle stapelte Zucker auf. Damit nun die Fabriken keine Not leiden, soll ihnen für die aufgehäuften Ware eine Verzinsung von 6 Proz. gewährt werden.

Man verlangt, nachdem diese Lagerbestände bekannt werden und die Zuckerrübenenernte für die gegenwärtige Kampagne eine gute Ausbeute verspricht, die Herausgabe des Zuckers. Aber eine vorsichtige Verwaltung erklärt, es handelt sich um Rohzucker, raffiniert könne er nicht werden, da den Raffinerien Kohlen fehlen. Warum sind diese Zuckermengen nicht im Sommer, wo der Kohlenmangel weniger erheblich war, raffiniert worden? Und sollte es wirklich jetzt nicht möglich sein, für ein so wichtiges Nahrungsmittel die Kohlen bereit zu stellen?

Nicht genug damit, es wird bereits in Aussicht genommen, daß die künftige Ernte an Rüben nicht restlos auf Zucker verarbeitet wird. Es fehle an Arbeitskräften und an Kohle. Also das Kriegsernährungsamt bemühte sich im Vorjahr, den Rübenpreis von 1.80 Mark auf 2.50 Mark zu erhöhen, um die Produktion zu fördern; nun aber sollen die Rüben teilweise verfüttert werden. Wenn diese Nahrungsmittelpolitik im Kriegsernährungsamt noch weiter getrieben wird, dann werden wir schon eines Tages dahin kommen, wo uns unsere Feinde haben wollen.

Wir fragen, welche Interessenten stehen hinter diesen Plänen?

Nur das Bestreben nach Preiserhöhung findet verständnisvolles Eingehen. Schon fragt man sich wieder, ob nicht die Rübenpreise weiter erhöht werden sollen, obwohl erst gegenwärtig der Zuckerspreis im Kleinhandel um 10 bis 15 Pf. das Pfund heraufgesetzt wird. Bei einer Ernte von ungefähr 9.500.000 Tonnen Rüben, für die in Friedenszeiten pro Zentner 80 Pf. bis 1 Mark gezahlt wurden, erzielen die Rübenbauern bei dem gegenwärtigen Preis von 2.50 Mark ein Mehr von 285 Millionen Mark; ganz abgesehen von der höheren Verwertung der Schnitzel und Rübenblätter. Die Geschäftsabläufe der Zuckerraffinerien sind glänzend. Trotzdem berechnet bei der Preisfestsetzung für Rohzucker die Reichszuckerstelle den Fabriken 1.80 Mark pro Zentner mehr für Verarbeitung.

Jetzt wird bekannt, daß die deutsche Regierung die Ausfuhr von 40.000 Zentner feiner Raffinade nach Schweden gestattet hat. Das Stockholmer „Tageblatt“ teilt am 17. Oktober mit, daß die erste Sendung dieses Zuckers angekommen ist und an Konditoreien, Restaurants, Kaffee- und Bonbonsfabriken verteilt wird. Das ist doch eine starke Zumutung an die deutsche Bevölkerung, die in ihrem Bedarf bis aufs Äußerste eingeschränkt wird und nun erfahren muß, daß ein so wertvolles Nahrungsmittel nach dem Ausland geht. Der Weirat für Volksernährung wurde über diese Abmachungen gar nicht informiert, er erfährt erst vom Ausland diesen Vorgang.

Wenn eine gute Bewirtschaftung unserer Nahrungsmittel durchgeführt würde, unsere Sorge um das Auskommen wäre viel geringer; aber die Milchwirtschaft in den Reichsstellen kennt keine Grenzen, sie treibt neue Blüten von Tag zu Tag!

Der Kanzler des Unbewußten.

Beretreter der Reichstagsmehrheit einschließlich der Nationalliberalen haben vorgestern mit dem Chef der Kaiserlichen Kabinettskanzlei, Herrn v. Valentini, eine Unterredung gehabt, und am selben Tag hat, wie amtlich gemeldet wurde, der Reichskanzler dem Kaiser Vortrag gehalten. Neben dem Erfolg jener Unterredung und jenes Vortrags verlautet nichts!

Den Konferenzen des Dienstag gingen Besprechungen der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler voraus. In diesen wurde dem Reichskanzler nahe gelegt, sein Abjahi e d s g e s u c h einzureichen. Herr Michaelis hat sich schweigsam geäußert und hat, soviel bekannt, bis zu dieser Stunde sein Abschiedsgesuch nicht eingereicht. Man muß daraus schließen, daß er in seinem Vortrag beim Kaiser den Standpunkt vertreten hat, es bestehe zu einem Kanzlerwechsel kein Anlaß.

Der Kaiser wird dadurch in eine sehr eigenartige Lage versetzt. Es ist schwer, mit einem Ratgeber umzugehen, der sich nach dreimonatiger regenreicher Tätigkeit schon für so unentbehrlich hält, daß er, um im Amte zu bleiben, alles für die Krone zu riskieren bereit ist. Wie kann man einen solchen Mann in taktvoller Weise loswerden? Das ist das Problem, vor das die Krone gestellt ist.

Zugunsten des Herrn Michaelis ist anzunehmen, daß er die Situation, in die er die Krone durch sein Verhalten bringt, in keiner Weise überfieht. Ihm fehlt das Verständnis dafür, daß es unter den gegenwärtigen Umständen für ihn eine Pflicht der Loyalität gegenüber seinem Auftraggeber ist, den erteilten Auftrag in dessen Hände zurückzuliegen. Er steht nun einmal vor der Tatsache, daß der Reichstag seine Ernennung zum Kanzler als einen Irrtum betrachtet, und er möchte dem Kaiser Gelegenheit geben, diesen Irrtum zu korrigieren. Er möchte also unter allen Umständen sein Abschiedsgesuch einreichen, das der Kaiser, wenn er es für richtig hält, ja auch ablehnen kann! Aber daß ein Kanzler und Ministerpräsident in einer solchen Situation sich auf den Standpunkt stellt, zu bleiben, er würde denn fortgejagt, das ist wohl ein Fall, der noch nie erlebt worden ist.

Herr Michaelis ist das benutzlose Werkzeug in der Hand von Mächten, die dem Reichstag die starke Faust zeigen wollen. Persönlich ist ihnen dieser Herr Michaelis recht gleichgültig, und an seine staatsmännlichen Fähigkeiten glauben sie wohl ebensowenig wie sonst ein Mensch. Aber sie sagen sich, daß nach allem, was geschehen, das Bleiben des Kanzlers im Amte eine Demütigung für den Reichstag bedeutet, und weil sie diese Demütigung wollen, nur darum wollen sie sein Bleiben! Darum haben sie diesem Unglücksmenschen eingeredet, daß er auf keinen Fall gehen dürfe, und darum wird dem Kaiser gesagt, daß es schädliche Nachgiebigkeit wäre, wenn er sich auf den Rat des Reichstags von seinem ersten Ratgeber trennte.

Darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben; es wird auf einen Konflikt hingearbeitet. Die Weichen sind so gestellt, daß Hofzug und Parlamentszug auseinanderfahren sollen. Und natürlich würde man, wenn es so weit käme, den anderen die Schuld geben und erklären, die „machtglühner Reichstagsmehrheit“ habe diesen Konflikt heraufbeschworen.

Die „machtglühner Reichstagsmehrheit“! Du lieber Gott! Diese „machtglühner Reichstagsmehrheit“ hat in ihrem bürgerlichen Teil ein Tadelsvotum gegen den Kanzler abgegeben, obwohl sie es für berechtigt hielt, und sie hat Herrn Helfferich, nachdem er ihr ein paar Tage zuvor die Hochschöbe gezeigt hatte, das Gehalt bewilligt; alles um des lieben Friedens willen. Man kann die Beuhaltigkeit, mit der Zentrum und Volkspartei allen Konflikten aus dem Wege gingen, begreifen aus ihrem dringenden Wunsch, das Reich in Zeiten äußerer Gefahr vor inneren Erschütterungen zu bewahren, man kann diese Weichheit auch tadeln, weil sie in Wirklichkeit Konflikte nicht vermeidet, sondern verschleppt — aber man kann, ohne die dümmste und plumpe Lüge anzusprechen, nicht von einer machtglühneren Mehrheit reden, die es auf einen Konflikt angelegt habe.

Wohin aber sollten die Dinge treiben, wenn uns dieser Michaelis als Zerkanzler erhalten bliebe? Das wäre, wie schon gesagt, eine Demütigung, eine schwere moralische Niederlage des Reichstags. Der Reichstag aber ist die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes, das seit drei Jahren in den Schützengräben blutet und dabei die ungeheuersten Opfer bringt. Dieses Volk darf Achtung verlangen, und so darf auch der Reichstag, der seine Vertretung ist, auf Achtung nicht verzichten. Jede Mißachtung, die dem Reichstag begegnet, ist eine Mißachtung des Volkes, und jede Niederlage, die dem Reichstag zugefügt wird, ist eine Niederlage des Volkes und wird von ihm als solche brennend empfunden werden.

Es ist die Pflicht des Reichstags, nach allen Seiten hin die Würde des deutschen Volkes zu wahren. Und es ist die Pflicht aller wahren Freunde des Landes, keine Stelle im Reich über diesen Sachverhalt im unklaren zu lassen. Hoch ist das Verdienst des deutschen Volkes und der deutschen Volksvertretung in dieser Kriegszeit vom früheren Reichskanzler in immer neuen Reden gepriesen worden. Man hätte sich vor dunklen Spekulant: sie wollen eine Situation schaffen, in der sich das ganze Volk von den Alpen bis zur Ostsee fragen würde: Ist das die verdiente Anerkennung? Ist das der Dank?

Während man uns draußen in der Welt ein Anechtvolk schimpft, legen es diese Spekulant darauf an, uns wirklich dazu zu machen. Wer, so fragen wir, verdient mehr Entlohnung: ein fremdes Staatsoberhaupt, das von unseren Zuständen ein verzerrtes Bild entwirft, oder die reaktionären Konterrevolutionäre im Innern, die nach diesem Zerrbild die Wirklichkeit formen wollen? Bleibt Michaelis im Amte, so können wir christlichermaßen kein Wort mehr dagegen sagen, wenn man Deutschland eine Autokratie nennt. Eine Autokratie Michaelis! Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre. Soll es dazu kommen? Wird es dazu kommen? Wir glauben nicht! Herr Michaelis muß zu der Einsicht gebracht werden, daß er in seiner Stellung als Reichskanzler der Krone wie dem Volk nur noch einen Dienst schuldig ist. Jetzt steht er zwischen beiden. Erst wenn er geht und ein Mann an seine Stelle tritt, der das Vertrauen des Reichstags besitzt, wird der Gefahrenpunkt überwunden sein.

Die „Köf. Ztg.“ gibt in ihrem gestrigen Abendblatt einige richtige Informationen über den Stand der Krise, so z. B., daß das Rücktrittsgesuch des Herrn v. Capelle abgelehnt ist, schreibt aber dann, daß in den interfraktionellen Besprechungen nur ein innerpolitisches Aktionsprogramm aufgestellt worden sei, während man dem kommenden Mann in außerpolitischen Fragen freie Hand lassen wolle. In Wirklichkeit hat man sich dahin geeinigt, daß die mit Hilfe des Reichstags zustandekommene Antwortnote an den Papst, die auch auf den Beschluß vom 19. Juli Bezug nimmt, die gegebene Richtschnur für die künftige Außenpolitik sei. Außerdem ist zu erwarten, daß die Rettung der auswärtigen Geschäfte Herrn v. Kühlmann vorbehalten wird, dessen politische Auffassungen bekannt sind.

Die Verständigung mit Frankreich.

Ein Brief Gasparis zur Papstnote.

Das „Journal des Debats“ veröffentlicht einen Brief des Kardinalstaatssekretärs Gaspari an den Erzbischof Chesnelong von Sens, der beweisen soll, daß der Ruf des Papstes zum Frieden den Patriotismus Frankreichs nicht verletzen könne; denn weder Deutschland noch Österreich, wohl aber Frankreich und Belgien seien begünstigt worden. Es hätten beispielsweise beinahe alle Kriegführenden: Rußland, Frankreich, England, Deutschland und Österreich-Ungarn erklärt, daß ein Frieden ohne Entschädigung geschlossen werden solle; Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn machten auch keinen Unterschied zwischen Kriegsausgaben an sich und den durch den Krieg verursachten Schäden, wodurch sie zeigte, daß die Wiedergutmachung des Schadens nicht gefordert werden solle. Nur Rußland allein habe erklärt, daß Frankreich sich vorbehalte, bei den künftigen Friedensverhandlungen Wiedergutmachung der Kriegsschäden auf seinen Gebiet zu verlangen, sofern dieser Schaden ohne Notwendigkeit durch die Militärbehörden ausgerichtet worden sei. Deshalb habe der Papst als allgemeine Regel einen gegenseitigen Erlaß der Kriegsausgaben und Kriegsschäden vorgeschlagen mit dem Hinzufügen, daß, falls in einigen Fällen dem besondere Gründe widersprächen, diese gerecht und billig abgewogen werden sollten. Dieser in allgemeinen Ausdrücken gehaltene Vorschlag schiedliche Rücksicht nicht aus, und Frankreich könne selbst urteilen, ob ihm, selbst unter der Voraussetzung eines Sieges, daran gelegen sei, den Krieg auch nur um ein Jahr zu verlängern, um von Deutschland Wiedergutmachung der verursachten Schäden zu erlangen.

Im Interesse der Menschheit habe der Papst in seinem Schreiben das Amt des Vermittlers übernommen, er tue das Mögliche, die kriegführenden Völker, von denen jedes recht zu haben behaupte, dazu zu bringen, die Waffen niederzulegen, in Unterhandlungen einzutreten und sich zu versöhnen. Wenn es die Sache des Vermittlers wäre, zu entscheiden, welche Partei recht habe, würde der Papst sein Ziel wahrscheinlich nie erreichen.

Das Friedensprogramm der Sowjets.

Kampfbereitschaft der Ostsee-Flotte.

Stockholm, 24. Oktober. (Hj. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Originaltext des Friedensprogramms der Sowjets weicht in einigen Punkten von dem gedruckten Auszug ab. Namentlich steht dort „Autonomie“ im Original „Selbstbestimmung“, was besonders für Polen gilt. Für die italienischen Gebiete Österreichs wird Autonomie mit nachträglicher Plebiszit (allgemeine Volksabstimmung) vorgesehen. Die Bestimmung, daß keine Kontributionen gefordert werden sollen, wird auch auf die Unterhaltungskosten der Gefangenen ausgedehnt. Handelsverträge sollen nicht als Bedingung des Friedens gelten. Der Friedensvertrag soll durch Erwählte der Parlamente geschlossen und von den Parlamenten ratifiziert, Geheimverträge aber nicht anerkannt werden.

Ueber die Wünsche Friedensliga sagt die Sowjet-Zentrale, daß sie eine wichtige Sache, aber die Teilnahme sämtlicher Staaten und die Demokratisierung der Außenpolitik auszubedingen sei. Als Hauptbedingungen werden gefordert, daß die Gegenpartei sich vor den Verhandlungen mit der Instruktion der Sowjets einverstanden erklärt; andererseits müsse die Entente sich verpflichten, Friedensunterhandlungen nur auf einem Kongress einzugehen, an dem sämtliche kriegsführende Staaten teilnehmen.

Die russische Ostsee-Flotte beschloß ein Manifest an das internationale Proletariat, welches für die Deutsche breiter Schichten des russischen Proletariats kennzeichnend ist. Das Manifest bezeichnet sich als ein Gruß in der Todesstunde. Weiter heißt es: „In angestrengtem Kampfe geht unsere Flotte unter. Kein einziger unserer Schiffe wird sich dem Kampf entziehen, kein einziger Seemann als Besiegter aus Land gehen. Obwohl verurteilt und beschimpft, wird unsere Flotte ihre Pflicht gegenüber der Revolution erfüllen.“ In den folgenden Ausführungen werden die Deutschen als Räuber bezeichnet, mit denen der Kampf um Leben und Tod gehe. Das Manifest läßt aus in die Aufforderung zum Kampf.

Aus dem Ruf geht neben der patriotischen Erregung die Besorgnis der russischen Demokratie hervor, daß Deutschland der russischen Freiheit zu Leibe gehe.

Stockholm, 24. Oktober. Nach schwedischen Blättermeldungen bezeichnet der Arbeiter- und Soldatenrat den Tagesbefehl Kerenskis an die Flotte als eine gegen die Revolution gerichtete Geldübergabe der Matrosen und fordert den allrussischen Arbeiter- und Soldatenrat auf, Kerenskis aus der provisorischen Regierung zu entfernen. Der Kronstädter Arbeiter- und Soldatenrat beschloß gegen Kerenskis eine Verwaltungsflotte einzusetzen wegen der Behauptung, daß die Festung Kronstadt sich durch die Schuld der Belagerung in schlechtem Zustande befinde.

Kopenhagen, 24. Oktober. Maxim Gorli erklärt in dem von ihm gegründeten Blatte „Kowoja Schin“, daß die Revolution in Gefahr sei, wenn die Regierung nach Kowla überfiedle.

Bulgarien und das Stockholmer Manifest.

Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, das Manifest des holländisch-kanadischen Komitees rufe in allen Kreisen ohne Unterschied der politischen Überzeugung lebhaftesten Widerspruch hervor. Die Blätter weisen auf die jüngste Erklärung Brandings hin, wonach der bulgarische Charakter Vezedoniens keinen Zweifel zulasse und drücken ihr Ersauern darüber aus, daß ein großer Teil des bulgarischen Volkes geopfert werden soll, nur um Serbien die Annahmefähigkeit eines Zuganges nach Saloniki zu verschaffen, während man andererseits die so einfach und so leicht herzustellende Verbindung zwischen Bulgarien und Oesterreich-Ungarn nicht dorste, noch auch Bulgarien die Dobrußda zugewisse, also bulgarisches Land, das an der großen Donauuferküste liegt und Bulgarien nach dem Nationalitätenprinzip und nach dem Grundsatz der Freiheit der Verkehrswege zuzomme. Das Manifest sei eine fortschreitende Verletzung der Rechte der Völker, ein für Bulgarien durchaus unannehmbare Vorschlag und weit davon entfernt, den Abschluß des Friedens zu erleichtern, sondern vielmehr geeignet, ihn zu verzögern, indem es zum Widerspruch gegen die berechtigten Ansprüche Bulgariens ermutigt.

Die Kiesfrage und der englische Zwang gegen Holland.

In der zweiten niederländischen Kammer erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten Loubon bei der Beantwortung von Fragen über die Durchfuhr von Kies usw. aus Deutschland nach Belgien über niederländisches Gebiet, daß von Seiten der britischen Regierung kein Antrag gestellt worden sei, die Streitfrage einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Gegen einen derartigen Antrag würde die niederländische Regierung nichts einzuwenden haben. Sie sei aber der Ansicht, daß es nicht ihre Sache ist, nach dem Vorgefallenen einen derartigen Antrag zu stellen. Ferner teilte der Minister mit, daß die niederländische Regierung sich im Gegenlag zum Standpunkte der deutschen Regierung, an dem diese noch immer festhalte, sich gemäß der Rheinischfabrikante von 1908 und des Vertrages von 1899 nur zur Durchlassung der Mengen Sand und Kies verpflichtet hält, die nicht für militärische Zwecke verwendet werden. Der britische Regierung hat die holländische Regierung mitgeteilt, daß sie bereit ist, alle etwaigen Beweise dafür, daß das durchgeführte Material für Kriegszwecke gebraucht werde, einer genauen Untersuchung zu unterwerfen. Der holländischen Regierung ist aber bisher derartiges Beweismaterial noch nicht zugekommen. Was die Durchfuhr von Metallen aus Belgien nach Deutschland betrifft, so wird nur noch die Durchfuhr von reinem Retall, das in einigen belgischen Fabrikanlagen aus von Deutschland nach Belgien gebrachten Erzen hergestellt würde, gestattet.

Der Minister fährt sodann weiter aus: Die britische Regierung hat, um die niederländische Regierung zu einer Haltung zu zwingen, die diese als mit ihren Vertragspflichten im Widerspruch stehend hält, eine Maßregel getroffen, die das wirtschaftliche Leben der Niederlande und seiner Kolonien auf das ernstlichste bedroht, und die — der Minister legte darauf besonderen Nachdruck — in keinerlei Zusammenhang mit der Angelegenheit steht, um die es sich handelt. Die britische Regierung hat nämlich gefordert, daß die niederländische Regierung die betreffende Durchfuhr ganz verhindern solle unter Strafe der Verweigerung der Benutzung der britischen Kanal durch den niederländischen Handel, die die britische Regierung als eine Vergünstigung bis auf Widerruf gestattet habe. Gegen diese wenig wohlwollenden Versuche, Druck auf sie auszuüben, ist die niederländische Regierung durch Vermittlung ihres Gesandten in London energisch aufgetreten, aber bisher ohne Erfolg.

Die Kammer bezugte durch lebhaften Beifall ihr Einverständnis mit der Haltung der Regierung.

Painlevés gestiftetes Kabinett.

Aus Genf wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Wie aus den bisher vorliegenden Stimmungsbildern der Zürcher Zeitungen hervorgeht, macht es die Zensur der Presse unmöglich, Aufklärung über den Verlauf der Krise zu geben. Sie kann aber die Tatsache nicht unterdrücken, daß die Sozialisten es abgelehnt haben, die Regierung zu unterstützen und einen der übrigen als Minister zu beglaubigen. Painlevé hatte gestern früh wieder eine längere Unterredung mit Thomas, und dieser begab sich sodann zur Sitzung der sozialistischen Kammerfraktion. Die Fraktion hat ihre Ermächtigung zur Übernahme des Ministeriums des Reichens durch Thomas nicht gegeben. Sie scheint es auch nicht billig zu haben, daß Thomas allein mit Painlevé verhandelt, denn sie beschloß die Einsetzung einer fünfgliedigen Kommission, die allein das Recht haben soll, im Namen der Fraktion mit der Regierung zu verhandeln. Diese Kommission hat auch den Auftrag, die politischen Entscheidungen der Fraktion vorzubereiten. Die Kommission wurde zunächst auf drei Monate ernannt. Die Fraktion hat beschlossen, vorläufig abzuwarten, welche Politik die Regierung einschlagen wird.

In tabulalen Lager hat die Verurteilung Barthous zur Leitung der auswärtigen Politik sehr unangenehm überrascht. Morgen wird die Regierung in der Kammer über die allgemeine Politik interpelliert werden. Nach der Ablehnung der Sozialisten, die Regierung zu unterstützen, hat Painlevé gestern auf jede weitere Unterhandlung mit der äußersten Linken verzichtet. Er hat sich, wie er einem Vertreter der Presse mitteilt, für den Augenblick damit begnügt, Herrn Barthou, der bereits Staatsminister war, das Ministerium des Reichens zu übertragen. Schon aus dieser Äußerung erkenne man, daß Painlevé selbst kaum an die Dauer seines gestifteten Kabinetts glaubt. Während „Figaro“ und „Gaulois“ erfreut sind, daß Barthou wieder im Kabinett sitzt, sind „Lanterne“ und „Echo de Paris“ sich darüber einig, daß der Eintritt Barthous das Ministerium nicht retten werde. Renaudel erklärt in der „Humanité“, daß er nicht glaube, daß dieser Kabinettswechsel dem Lande das Ministerium gebe, welches die Sozialisten wünschen.

Vergeltung an Paris!

In letzter Zeit ist wiederholt Süddeutschland der Schauplatz feindlicher Pfliegerangriffe gewesen. Offene Städte und Orte, die keinerlei militärische Bedeutung haben, wurden bombardiert. Der

Pariser Funkpruch vom 7. d. M. behauptet, die französischen Angriffe auf deutsche Städte seien nur Vergeltung für die von deutscher Seite begonnene Kampfmethoden. Von offenbar offiziöser Seite wird nun der „Verl. Volat-Bez.“ dahin inspiriert, daß nachdrücklich Repressivmaßnahmen ergriffen würden, wenn die ungerechtfertigten Pfliegerangriffe auf offene Städte und Gemeinden Deutschlands nicht aufhören, und zwar wird darauf verwiesen, daß Deutschland die Mittel in der Hand habe, Paris die Angriffe entgelten zu lassen.

Die Androhung von Vergeltungsmaßnahmen ist im Verlauf des Krieges wiederholt geschehen. Wir erinnern an die vereinzelt Fälle, in denen die Behandlung von Kriegsgefangenen Anlaß dazu gab. Aber man benutzte dabei die Möglichkeiten der diplomatischen Vermittlung. Der jetzt, in diesem unvergleichlich schwerer liegenden Falle gewählte Weg, die Anfechtung der Gegenmaßregeln kurzweg durch die Presse besorgen zu lassen, wäre, sofern er gewissermaßen ein letztes Wort zu übermitteln hätte, in der Tat neu und ungewöhnlich. Der bisher benutzte Weg wäre entschieden der bessere.

Die Erbitterung der Iren.

Amsterdam, 24. Oktober. Der Sekretär von Irland, D. U. C., beantwortete gestern im englischen Unterhause eine von Redmond eingebrachte Resolution, in der die von der irischen Regierung und den Militärbehörden heute befolgte Politik bedauert wurde, und zwar um so mehr, als es gerade von der größten Bedeutung wäre, eine günstige Atmosphäre für eine Konvention zu schaffen, in der alle Parteien vertreten seien und die die künftige Regierungsform Irlands zu regeln hätte. Redmond rügte die Vorkriegsgewalt in Dublin, die auf eine dumme Weise die Gefühle der Iren zugunsten der Sinnfeiner erbittert habe. Er gab ein düsteres Bild von der politischen Lage in Irland und erklärte u. a., daß der Erfolg der Konvention lediglich der sei, Irland vor einer Zeit künftiger Anarchie zu bewahren, die das Land seit einem Jahrhundert nicht erlebt. D. U. C. erklärte, er wolle sich weder über die Resolution noch über die Art und Weise, wie Redmond Kritik übellen, er verteidigte seine Politik und wies auf die unerbittliche Langmut hin, mit dem die Sinnfeiner behandelt würden. Die Sinnfeiner steuerten nur auf ein Scheitern der Konvention hin. Die Regierung werde alles tun, um dies zu verhindern. Wir hoffen, so sagte er, daß die neue Verfassung zustandekommen wird, und daß die große Masse des irischen Volkes damit zufrieden ist. Verhaftungen werden nicht stattfinden, denn nichts würde der Propaganda für die Trennung Irlands von England mehr dienen als Verhaftungen. Asquith sagte, daß es in diesem für Irland und Großbritannien so wichtigen Augenblick vor allem darauf ankomme, daß nicht getan werde, wodurch die Aussichten auf die Versöhnung Irlands benachteiligt werden könnten. Lloyd George sagte: Es gab drei Dinge, die die Regierung in Irland nicht zulassen konnte. Sie konnte nicht gestatten, daß zum Aufstand gehetzt wurde. Die Regierung konnte nicht die Organisation einer Empörung zulassen. Drittens forderten Sinnfeiner unumschränkte Unabhängigkeit für Irland. England kann aber unter keinen Umständen etwas Derartiges gestatten. Lloyd George verpflichtete sich, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufbieten würde, um eine Vorlage zur Annahme zu bringen, in der alles, was hinsichtlich der irischen Konvention durch Vertrag festgesetzt worden sei, zusammengefaßt werden soll.

Die Resolution Redmond wurde mit 211 gegen 78 Stimmen verworfen.

Das Ende des Postfachstreites.

Aus Washington wird gemeldet: Die britische Postfach lieferte am Mittwoch der schwedischen Gesandtschaft, ohne sie untersucht zu haben, drei Postfächer aus, welche in Halifax beschlagnahmt worden waren. Die schwedische Gesandtschaft hat der englischen versichert, daß die Sache nur Statistiken über den Ein- und Ausfuhrhandel enthielten, um die das amerikanische Kriegshandelsamt wegen der Unterhandlungen mit den neutralen Ländern Nordeuropas über die Ausfuhr ersucht hatte.

Demokratisches aus Polen.

Zur Wille der großen Kosciuszko-Feier, die in voriger Woche begangen wurde, sind die Stimmen der demokratischen und sozialistischen Presse bemerkenswert. Die offizielle Feier war durchaus national gehalten. Die Linkspresse betonte natürlich insbesondere den sozialen Charakter der Ziele des Volksheides, dessen Kundgebungen immer vom Geiste des nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfes und der großen Erhebung des französischen dritten Standes befeuert waren.

Die demokratischen Blätter heben hervor, daß Kosciuszko, der „letzte Verteidiger der Republik“, wie ihn die „Kowa Gazeta“ vom 14. Oktober nennt, tiefgehende soziale Reformen anstrebte und sich auf das ganze Volk, insbesondere die Bauern stützte. Ihren Leitartikel vom 15. Oktober schließt die „Kowa Gazeta“:

„Indem man Kosciuszko ehrt, muß man daran denken, was er lehrte, daß die Kraft des Staates im Volke selbst liegt, in seiner Einigung zur Verteidigung der Freiheit. Man muß daran denken, daß Kosciuszko verursacht hat, daß das Symbol des wiedererstandenen Polens nicht der Magnat im reichen Rod, sondern der Bauer im Mittel wurde. Die Feier Kosciuszkos ist gleichzeitig die Feier der polnischen Freiheitsbewegung, die Feier der polnischen Demokratie.“

Die „Gazeta Poranna“ vom gleichen Tag hebt besonders Kosciuszkos Beziehungen zum Bauerntum hervor:

„Heute, wo das aufstrebende Polen zu neuem Leben er wacht, wo es zu neuer, angepannter Arbeit Millionen freier bauerlicher Bürger ruft, heute erfüllt sich in seiner ganzen Kraft der letzte, heilige Wille Kosciuszkos, der schon 1794 klar verstand, was wir heute alle verstehen, daß das Land und der Bauer die feinere und unverwundliche Grundlage des ganzen Vaterlandes bilden.“

Der sozialistische „Głos Robotniczy“ erklärte: „Nicht mit Rücksicht auf die Person Kosciuszkos, sondern auf den Charakter der heutigen Nationalfeier, nicht um die Vergangenheit zu verurteilen, aber um den Grundlag der Abgesandtheit der Klassen und der Unabhängigkeit des polnischen Proletariats in der Jetztzeit konsequent durchzuführen und zu entwickeln, werden die Klassenorganisationen der Arbeiter und die Vertreter der polnischen sozialistischen Linken in den Stadtträn an der geplanten Feier nicht teilnehmen.“

Der radikal-demokratische „Dziennik Lubelski“ in Lublin schrieb dieser Tage: Mit der Ernennung des Regenschiffstrates beginnt der Akt des 12. September ins Leben zu treten. Die Mitglieder des Regenschiffstrates erkennen sich zwar nicht der Volkswilligkeit bei den breiten Massen, aber vermöge ihrer Stellung vertreten sie, wenn auch nicht ganz Polen, so doch wenigstens seinen sogenannten verantwortlichen Teil. Die Regenten beginnen ihre Arbeit in dem Augenblicke, wo das gesamte Volk ungewissend feststellt hatte, daß es sich selbst ohne edel-

Richtungsstreit auf dem österreichischen Parteitag.

Auch die deutsche Sozialdemokratie Österreichs ist von den inneren Kämpfen, die die Arbeiterbewegung der ganzen Welt durchzittern, nicht freigeblieben. Das beweist ihr in Wien tagender Parteitag, der von heftigen Auseinandersetzungen über die Kriegspolitik der Partei erfüllt ist.

Im Vordergrund wird verlangt, daß die deutsch-österreichische Sozialdemokratie beide sozialdemokratische Parteien in Reich als gleichberechtigte Bruderparteien betrachte. Dem Parteivorstand wird vorgeworfen, den Krieg nicht zur Aufrichtung der Rassen benutzt zu haben und nicht für rasche Beendigung des Krieges eingetreten zu sein.

Schließlich wird eine gemeinsame Internationale Politik des ganzen österreichischen Proletariats nur dann für möglich erklärt, wenn die sozialpolitische Richtung Emerys und Renner's — gegen Renner richtet sich überhaupt der Unwille der Linken — überwunden wird.

Dr. Victor Adler, Seitz und Seliger führten in schlagenden, oft ironisch gefärbten Ausführungen die Vertreter der Linken ad absurdum. Seliger sagte u. a.:

Auch mir hat die Politik der Mehrheit der deutschen Partei in einzelnen Dingen gewiß nicht gefallen. Aber mir anzumachen, das Urteil über sie auszusprechen, das ist mir niemals in den Sinn gekommen und wenn es vielleicht noch begreiflich und entschuldigbar vor dem deutschen Parteitag, nach dem Parteitag haben wir kein Recht mehr dazu.

In einer ausgezeichneten Rede setzte sich Dr. Karl Renner mit seinen Widersachern auseinander, in einer Rede, in der er auch in der knappsten und eindringlichsten Form das Verhältnis der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staat darlegte:

Es wird in der Erklärung der Linken gewarnt vor dem Geiste des Reformismus, in den die Partei aufzugehen droht, und man nennt mich dessen folgerichtigen Vertreter. Ich sage schon in meinem Buche, ich lehne den Reformismus ab als eine Richtung, die das Schwergewicht der Arbeiterbewegung verlegt in die Bürokratie der Arbeiterschaft, in ihre Vertrauensmänner, und das Schwergewicht legt auf die einzelne Reformarbeit, ohne das Ganze zu sehen, und die die Theorie ablehnt.

Wenn man mir vorwirft, mein „Reformismus“ führe zum „Ministerialismus“, so wissen Sie, daß er dazu nicht geführt hat, und daß ich sogleich aus freien Stücken gesagt habe, es ist ausgeschlossen, daß ich mich an der Regierung beteilige.

Wenn man sagt, der Arbeiter brauche eine geordnete Verwaltung, hört man: „Ihr kümmert euch nur um Österreich und laßt die anderen Dinge gehen!“ Aber in diesem Punkte muß die Arbeiterklasse zur Klarheit kommen. Will sie den Verfall zum Grundgesetz erheben, soll sie es tun. Will sie es nicht, so muß sie die Felle, in der man sie gefangen hält, sauber halten.

Es gibt von vornherein keinen sicheren Weg, nur ein sicheres Ziel. Wenn ich aber den Staat erobern will, dann darf ich ihn nicht von vornherein negieren, sondern ich muß ihn erkennen und studieren und das kann ich nur, wenn ich in alle seine gegebenden Körperlichkeiten, wirtschaftlichen und Verwaltungsförperschaften eindringe. Das ist es, was ich in meinen Vätern zu beweisen suchte. Ich werde niemals darin erlahmen, die Arbeiterklasse mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß die Eroberung der Staatsgewalt, ob plötzlich, ob schrittweise, in politischer Beziehung ihr Hauptziel ist.“

Groß-Berlin

„Überflüssige“ Gemeindeschulen?

Der Berliner Magistrat will schon wieder ein paar Gemeindeschulen einzuziehen. Sobald eine Gemeindeschule sich nicht mehr recht „fügt“, gilt sie ihm als „überflüssig“ und zur Auflösung reif. Schulen mit so mäßiger Belegung, wie man sie sich wünscht, werden ja im Berliner Gemeindeschulwesen leider für „Luxus“ gehalten.

horigen Jahre mit dem „Abbau“ der beiden Schulen dadurch ein Anfang gemacht worden, daß ihnen keine Sechsjährigen mehr zur Aufnahme überweisen wurden. Der Magistrat behauptet, das habe wieder für die Nachbarschulen zu Massenüberfüllungen, noch für die Kinder zu Erschwerungen der Schultorge geführt. Selbstverständlich ist jede Schule, die nach Einziehung der Ausnahmeklasse für die Sechsjährigen keine Rekruten mehr erhält, in absehbarer Zeit erledigt.

Der Erwerb der Englischen Gaswerke.

Dem Zeltower Kreistage ist die Vorlage des Kreis-ausschusses über den Erwerb der Englischen Gaswerke zugegangen. In der Vorlage heißt es unter anderem: Die Stadt Berlin habe auf die Ausschreibung ein Gebot nicht abgegeben, wohl aber hätten dies die beiden Kreise, und zwar gemeinsam und einzeln in Höhe von 85,2 Millionen getan.

Wir haben unsere Ansicht über den Verkauf der Englischen Gaswerke so oft und so deutlich dargelegt, daß wir uns heute eine prinzipielle Erörterung ersparen können. Bemerkenswert ist nur, daß die Kalkulationen des Zeltower Kreis-ausschusses auf einer recht unsicheren Basis stehen. Außerdem sind die ungefähren 20 Millionen, um die das frühere Angebot überschritten worden ist, jedenfalls kein Pappenspiel, und die zarte Verorndung wegen eines eventuellen Erwerbs der Werke durch die Privatindustrie — wovon man bisher nichts gewußt hat — erscheint nicht ganz glaubwürdig.

Der Berliner Spanferkelverkauf.

Auch dem Kriegswunderamt sind die hohen Preise für das von der Stadt Berlin in den Handel gebrachte Spanferkelfleisch aufgefallen. Auf eine Anfrage des Amtes nach der Ursache der hohen Preise hat nun die Stadt Berlin eine Antwort erteilt, aus der das „V. L.“ folgendes wiedergibt:

Auf die Anfrage geben wir den Bescheid, daß der Preis von 4,50 M. für das Pfund Spanferkel vollständig ordnungsmäßig ist. Uns kostet das Pfund Lebendgewicht 2,50 M. Der Schwund beträgt auf dem Transport etwa 24 Proz. Während aus den größeren Schweinen ein Schlachtgewicht von 78 bis 79 Proz. herauszukommen ist, beträgt es beim Spanferkel nur etwa 67 Proz. Hieraus ergibt sich schon, daß der Preis von 4,50 M. für das Pfund nicht zu hoch ist im Vergleich mit dem Preise der älteren und größeren Schweine, die lebend 70 Pf. das Pfund, beim Verkauf an den Verbraucher 2,10 M. das Pfund kosten. Die Preisdifferenz zwischen Lebend- und Schlachtgewicht ist demnach um das Dreifache gestiegen, während sie bei den Fettschweinen nicht ganz um 50 Proz. hinaufging.

Diese Antwort muß doch als sehr bedenklich bezeichnet werden. Bekannt ist, daß ein sehr großer Teil der Vorortgemeinden das Spanferkelfleisch mit 3,50 M. pro Pfund verkauft hat. Wie wir genau wissen, haben aber diese Gemeinden nicht etwa das Pfund 1 M. billiger gekauft als die Stadt Berlin, sondern sie haben die Ware an jedermann verteilt, pro Kopf 1/4 Pfund, reguläres Fleisch mit 3,50 M. das Pfund und Kopffleisch mit 1,50 M. Und dabei hat es nicht etwa Geld zugegeben. Sollte das nicht in Berlin auch möglich gewesen sein? Oder sind wieder, wie so oft, andere Interessen maßgebender gewesen als die allgemeine Versorgung der Bevölkerung?

„Kopffleischwucher“.

Zu der unter dieser Ueberschrift in der Sonntagsnummer gebrachten Notiz schreibt der Berliner Magistrat: Dem Publikum wird klage darüber geführt, daß eine ganze Anzahl kleiner Händler von Kopffleisch solches und die daraus hergestellten Wurstwaren zu willkürlichen Preisen und nicht nach Gewicht, sondern nach „Schätzung“ verkaufen. Nach der Verordnung über Viehfleisch dürfen die Preise im Kleinhandel bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen: für 1 Pfund Lendenbratfleisch, Leder, Fleischwurst oder Fett 1,60 M., für 1 Pfund Rindfleisch, ausgenommen Lendenbratfleisch, ohne Knochen 1,60 M., für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch, ausgenommen Leder 1,40 M., für 1 Pfund Knochen 0,20 M.

Dem Publikum kann nur dringend geraten werden, jeden Fall der Preisübersteigerung dem Kriegswunderamt zur Anzeige zu unterbreiten, damit behördlicherseits gegen derartige Höchstpreisübergriffe und Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen eingeschritten werden kann.

Soweit die Antwort des Magistrats. Unsere Notiz richtete sich aber in der Hauptsache gegen den schwunghaften, wucherartigen Handel mit Wurst, die aus Kopffleisch und anderen Fleischsorten, wie Kaminchen- und Hühnerfleisch, zusammengesetzt ist. Es wird Aufgabe der Behörden sein, auch dagegen einzuschreiten.

Die neue Zuckerversorgung.

Für den Verkehr mit Zucker liegen jetzt die neuen Vorschriften des Bundesrates im Vorkort vor. Befürworter von Zuckerrüben haben auf Verlangen der Reichszuckerstelle die Rüben an die von dieser zu bestimmende Stelle zu liefern und nach deren Anweisungen zu verladen. In bestehende Verträge soll nur aus wichtigen Gründen eingegriffen werden. Genaue Bestimmungen regeln die Preise. Die ganze Verordnung über den Verkehr mit Zucker ist nach den Änderungen neu gefaßt worden. Der Staatssekretär des Kriegsbüroauschusses hat dazu eingehende Ausführungsbestimmungen erlassen. Der Reichszuckerstelle gehört zur Verteilung des Rohzuckers an Verbrauchszuckerfabriken eine Verteilungsstelle für Rohzucker als Abteilung an. Es gehören dazu je drei Vertreter der Rohzucker- und Verbrauchszuckerindustrie. Die Verwendung von Zuckerrüben zu anderen Zwecken als zur Verarbeitung auf Zucker oder zum Verbrennen ist nur mit Genehmigung der Reichszuckerstelle zulässig. Zum Verbrauch der bürgerlichen Bevölkerung wird den Kommunalverbänden eine bestimmte Menge monatlich für den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung überwiesen. Die Kommunalverbände können innerhalb des Bedarfsanteils für Kinder höhere Zuckermengen festlegen oder durch die Gewährung geringerer Kopfanteile Rücklagen bilden. Die Zuteilung zur Lichtverwertung im Haushalt bleibt vorbehalten. Außerdem erhalten die Verbände bestimmte Mengen für Apotheken, Gasthäuser, Bäckereien und Konditoreien sowie die anderen Betriebe der Lebensmittelgewerbe zugeteilt, die ihre Erzeugnisse in der Hauptsache in ihrem Bezirk absetzen.

Räseverteilung.

Vom Freitag, den 26., bis Montag, den 29. Oktober, wird in den Bezirken der Volksmissionen 120 bis 180 an die dort in die Speisekassendrucklisten eingetragenen Kunden je 125 Gramm holsteinischer Magerkäse zum Preise von 28 Pf. verteilt. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Ausschankgebühren gekennzeichneten Geschäften. Es ist also nicht die Wohnung maßgebend, sondern ob man in einem Geschäft des Bezirks der 120. bis 180. Volksmission eingetragen ist.

Die neuen Salzpreise.

Nach einer Verordnung des Magistrats darf der Kleinhandelspreis für Siedesalz den Betrag von 16 Pf., für Steinsalz den Betrag von 14 Pf. je Pfund nicht übersteigen.

Der Honigmangel.

Wo der Honig eigentlich geblieben ist, wissen weder die Konsumenten noch die Reichszuckerstelle; fest steht nur, daß er für die große Masse verschwunden ist. Mit welchen Mitteln die Zuckerhersteller gegenüber den Höchstpreisen zu verhalten suchen, beweist eine Antwort, die eine Großmolkerei an ihre Kundschaft sendet:

„Infolge des ungünstigen Wetters während der Heideblüte ist hier die diesjährige Honigernte schlecht zu nennen. Daraus kommt, daß die Regierung keinen Vorrat an Honig zur Ueberwinterung der Winterweiden freigelegt, so daß die schwersten Stöcke zu Stande bleiben müssen, weshalb ich Ihnen zu meinem Bedauern in diesem Jahre keinen Honig liefern kann.“

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Zucker für jedes Volk 6 1/2 Alilo Zucker für die Frühjahr- und Winterfütterung bereits erhalten haben. Die Verbraucher fragen erneut: Gibt es kein Mittel, dem Kreiden solcher Zucker Einhalt zu tun?

Auch verdorbene Lebensmittel sollen noch verwertet werden!

Der Reichszucker hat an die Bundesregierung ein Rundschreiben gerichtet, worin es heißt: „Es soll vermieden werden, daß verdorbene Lebensmittel (in der Hauptsache Kartoffeln und andere Hackfrüchte, Gemüse, Obst und Marmelade usw.) ohne weitere Verwertung beiseite gehen. Die Gesellschaft für deutsches Weizenbrot in Berlin W. 9, Köthener Str. 88, ist auf die Verarbeitung derartiger verdorbener Lebensmittel eingerichtet und fast immer in der Lage, ein brauchbares Futtermittel auf dem Wege der Trodunnung herzustellen. Daher soll mit der leider zum Teil geübten Praxis, solche verdorbene Lebensmittel unter der Hand zu befeuchten, gebrochen und alle zur menschlichen Ernährung nicht mehr geeigneten Waren der genannten Gesellschaft telegraphisch zum Bezug angefordert werden.“

Das neue Jugendamt.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenoberster-Stellvertreters C. A. E. hat der Ausschuss zur Vorbereitung des städtischen Jugendamtes dreimal in sehr eingehender Beratung getagt. Die Vorlage wurde dann mit einigen Änderungen einstimmig angenommen. Die Änderungen beziehen sich u. a. auf die Bildung einer besonderen Deputation für dieses neue mit zahlreichen Aufgaben betrauten Amtes. Die Deputation soll bestehen aus 5 Magistratsmitgliedern, 10 Stadtverordneten und 6 Bürgerdeputierten, darunter drei Frauen. Das Amt soll sämtliche Einrichtungen zur körperlichen Erhaltung der Jugend unterstützen, eventuelle übernehmen und neue einrichten, ferner die schon innerhalb der städtischen Verwaltungen bestehenden Einrichtungen wirtschaftlicher Fürsorge sowie die Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten unterstützen bzw. übernehmen, auch einen Mittelpunkt für alle Bestrebungen der auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätigen Vereine abgeben. Ferner wurde beschlossen, daß sich die Tätigkeit des Jugendamtes auch auf die Schüler und Schülerinnen höherer Anstalten und auf die schulentlassene Jugend, soweit sie fortbildungspflichtig ist, erstrecken soll.

Ueber die künftige Gestaltung der Verwaltungsorganisation Groß-Berlins wird am nächsten Montag, 8 1/2 Uhr, im Künstlerhaufe Wellevuestraße, Stadtbaurat a. D. F. Weuster einen Lichtbildervortrag mit dem Thema „Groß-Berlin nach dem Kriege, Städtebau und Verwaltungsorganisation“ halten. An dem Vortrag wird sich eine Diskussion schließen. Einschaltarten sind durch die Geschäftsstelle des Architektenvereins, Wilhelmstr. 92 zu beziehen.

Die Lösung der Kleinwohnungsfrage in Groß-Berlin behandelt Architekt Diplomingenieur Erich Lehler, Geschäftsführer des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungsweien, in einem Lichtbildervortrag in der Arbeiter-Hochschule, Kula C. 19, Niedertwölstr. 12, Sonnabend, den 27., 8 Uhr abends. Der Eintritt ist jedermann gestattet.

Ein Stimmungsbild aus Raucherkreisen. Ein Leser schreibt uns: Der Krieg hatte schon eine gute Zeit gewährt, als mich die Zeitung veranlaßte, zu einem billigeren Tabak überzugehen. Da ja, die Auswahl war ja noch unübersehbar. Aber das neue Kraut schmeckte mir doch nicht und veräglichte mich, daß es in einer Zigarettenliste. Da lag es manches Vierteljahr. — Jetzt hab ich es herborgeholt und siehe da — wo früher Augen Blitze schossen und Nasen

abgemeldet wurden, da man sich heute bewunderndes Staunen, wo nicht gar blinder Eifer. Der Wirt von einst erkund auf zum edlen Brau. So geht! Jetzt lagere ich "Blättertabak" und "Bären-Tabak" ein, je nachdem für 1,60 oder 2,80 das Reintopfband. Das gehört schon in die märkliche Waldbotanik. Aber ich hab's und wenn die anderen die "Morgenpost" rauchen, dann paß ich Waerle "Hamsterholz"!

Geldstrafen unter 50 M. werden nicht mehr im Strafregister vermerkt. Den Ausführungsverordnungen des Justizministers zur Bundesratsverordnung vom 6. September 1917 zufolge werden künftig sämtliche Geldstrafen unter 50 M. mit Ausnahme der wegen Rückfalls bei Diebstahl, Hehlerei und Betrug verhängten Strafen nicht mehr im Strafregister vermerkt und für die kleinen Sünden fällt das Oidium der Verstrafe weg.

Die Pösch-Brosche Kriegs-Unterstützungs-Befehlshaber hat am 1. Oktober ihr erstes Geschäftsjahr vollendet. Die Finanzen des ihr zur Verfügung stehenden Kapitals von 1 Million Mark dienen: A) zur Unterstützung 1. hilfsbedürftiger Wöchnerinnen und ihrer von einem Kriegsteilnehmer als ehelichem oder außerehelichem Vater abstammenden Säuglinge, 2. hilfsbedürftiger Kriegsteilnehmerfamilien mit mehr als drei Kindern, 3. von Kriegsteilnehmerfamilien mit mindestens drei Söhnen, 4. hilfsbedürftiger Kinder, die von einem Kriegsteilnehmer als ehelichem oder außerehelichem Vater abstammen. B) Zur Begründung eines Heimatbaues für eheliche oder uneheliche Kinder von verstorbenen oder dienstbeschädigten Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege. — Im verflochtenen Geschäftsjahre sind 685 einmalige Unterstützungsbeträge in Beträgen bis zu 800 M., 14 laufende Beihilfen bis zur Dauer von drei Jahren in Beträgen von jährlich 240—800 M. gewährt und außerdem 8000 M. an verschiedenen militärischen Dienststellen zur unmittelbaren Verwendung überwiesen worden. Die geschäftliche Leitung ruht in den Händen des Direktors beim Abgeordnetenhaus, Geheimen Regierungsrats Plate, und des Vizepräsidenten des Finanzministeriums, Geheimrat Freudenberg. Die Geschäftsstelle befindet sich am Festungsgraben 1.

Lichtspiele Laventzen-Palast. Mit Max spielt in einem Lustspiel, das morgen Freitag zum erstenmal aufgeführt wird, die Hauptrolle. Der Film führt den Titel "Der schwarze Schloß". — Die neuesten amüsierten-militärischen Aufnahmen "Defilé genommen" sind in einem zweifarbigen Werk des königlichen Bild- und Filmmaterials niedergelegt und werden morgen Freitag öffentlich gezeigt.

Sechs Personen durch Gas getötet. Ein schweres Unglück hat sich in der Anleebstraße 46 zu Reußlin ereignet. Dort wohnt die 37 Jahre alte Ehefrau des Zimmermanns Stüber mit ihren fünf Kindern im Alter von 2—12 Jahren. Die Frau trägt Zeitungen aus. Als sie gestern morgen nicht in der Expedition erschien, ging der Vorsteher nach ihrer Wohnung. Auf wiederholtes Klopfen wurde ihm nicht geantwortet. Mittags 11 Uhr kam er wieder. Jetzt drang ein starker Gasgeruch aus der Wohnung. Er rief die Polizei und ließ öffnen. Man fand die Mutter mit ihren fünf Kindern in den Betten tot liegen. Das Schlafzimmer und die Küche waren mit Gas gefüllt. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Die Untersuchung ergab, daß der Schlauch des Gasbades undicht war. Die Leichen wurden beklagend und nach dem Schauhaufe gebracht. Der Mann steht als Unteroffizier im Felde.

Mit gefährlichem Unterförper tot aufgefunden wurde Dienstagabend um 8 Uhr ein unbekannter Knabe auf den Schienen der Straßenbahn in der Prenzlauer Allee. Wie der Knabe verunglückt ist, hat niemand gesehen. Nach dem Befunde sind mehrere Straßenbahnseile über ihn hinweggegangen. Die Leiche wurde beklagend und nach dem Schauhaufe gebracht. Der Verunglückte ist etwa 10—12 Jahre alt und blond und trägt eine hellbraune Jacke, eine graue Hose, ein blaues gewebtes Vordere mit weissem angewebtem Kragen und schwarze Schürhülse. Bei sich hatte er eine Wochenschrift. — Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde auch ein kleiner Knabe, Heinrich Weiß, aus der Fagelberger Straße. Er geriet vor dem Hause Nordstr. 28 unter einen Triebwagen und war schon tot, als die Feuerwehre ihn befreite.

Ein unaufgeklärter Todesfall wird aus der Wanteuffelstraße gemeldet. Vom Hofe des Hauses Nr. 22 schoben Dienstag früh der 18 Jahre alte Knabe Erich Jilmann aus der Wanteuffelstraße 22 und zwei andere Männer einen beladenen Geschäftswagen über die Dachfahrt nach der Straße. Da kam zu den beiden, die hinter dem Wagen gingen, eine Frau und teilte mit, daß der Knabe, der die Pferde führte, befinnungslos auf dem Bürgersteig liege. Ein Arzt stellte fest, daß er tot war und vermutete als Todesursache einen Herzschlag. Die Leiche wurde beklagend. Bei ihrer genaueren Untersuchung zeigten sich starke Quetschungen an der Brust und

anderen Körperstellen und ein doppelter Bruch des rechten Arms. Jilmann muß hiernach verunglückt sein.

Einem guten Jung machte gestern die Kriminalpolizei in der Wagnstraße. In dem Keller des Hauses Nr. 33 wohnt eine 18 Jahre alte Marie Solmi und eine 8 Jahre ältere Agnes Großsch. Von ihrer Behausung aus wurde seit einiger Zeit ein schwunghafter Handel mit Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken usw. betrieben. Kriminalbeamte beobachteten dieses Treiben und haben gestern, wie aus einem Auto allerhand Gegenstände in die Kellerwohnung hineingebracht wurden. Die Beamten drangen sofort ein und überführten den 26 Jahre alten Hausdiener Bruno Zidert, den Geliebten der Marie Solmi, einen defektierten Landwirtmann. Zidert gehört zu der Bande von Einbrechern, die in der letzten Zeit unter Verhüllung von Kraftwagen arbeiten und von der erst vor wenigen Tagen drei Mitglieber festgenommen wurden. Der Keller der beiden Mädchen barg noch ein ganzes Lager von gestohlenen Waren aller Art, sechs Sack Zucker, mehrere Sack Mehl, Kleider, Stiefel usw.

Reußlin. Diese Woche 350 Gramm Fleisch. In der Woche vom 17. bis 23. September konnten die Fleischarteninhaber wegen der ungenügenden Viehanlieferungen durch die Viehhändlerverbände nicht mit der vollen Wochenmenge von 250 Gramm versorgt werden. Da inzwischen die fehlenden Fleischmengen nachgeliefert worden sind, hat der Magistrat als Ersatz für die damals ausgefallene Fleischmenge in der laufenden Woche (22. bis 28. Oktober) die Abgabe einer Fleischwöchensmenge von 350 Gramm (Kinder unter sechs Jahren 175 Gramm) festgesetzt.

Wilmersdorf. Abgabe von Suppe. Bis einschließlich Dienstag, den 30. Oktober, gelangen auf Abschnitt A der Bezugsliste für Einzelpersonen (7. Ausgabe, rot) 100 Gramm lofes Suppenpulver zum Preise von 0,16 M., oder 2 Suppenwürfel zum Preise von 0,10 oder 0,15 M. zum Verkauf. Die Entnahme hat in demjenigen Geschäft zu erfolgen, wo der Inhaber in die Kundenliste zum Bezuge von Gries und Graupen eingetragen ist.

Spanbau. Lebensmittel. Die Ausgabe von Bezugscheinen für Weizhol im Rathaus wird bis auf weiteres eingestellt. Am Donnerstag und Sonnabend dieser Woche wird in der Verkaufshalle noch Weizhol auf die zur Ausgabe gelangten Bezugscheine verkauft.

Gerichtszeitung.

Ein berühmter Frauenarzt auf der Anklagebank.

In Weimar begann gestern vor der Disziplinarstrafkammer des Großherzogtums Sachsen der Prozeß gegen den ordentlichen Professor der Gynäkologie und Direktor der Frauenklinik an der Universität Jena, Dr. Max Henkel. Dieser wird beschuldigt, jahrelang Operationen ohne wissenschaftliche Notwendigkeit ausgeführt und dabei durch Kunstfehler, mangelnde Keuch usw. die Gesundheit seiner Patienten schädlich gemacht zu haben. Auch soll er bei Operationen nicht genügend Sorgfalt für das lebende Leben beobachtet und es bei der Pflege der Säuglinge an manchem fehlen gelassen haben. Das Disziplinarverfahren ist durch eine Anzeige des Jenaer Professors der pathologischen Anatomie Adhler veranlaßt worden, der auf Grund seiner Sektionen zu der Ueberzeugung gekommen war, daß Henkel nicht überall mit der notwendigen Sorgfalt vorgegangen sei. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtspräsident Bläher, die Anklage vertritt Staatsanwalt Volk, die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Wisberg (Berlin) und Dr. Lütge-Braun (Göttingen). Zahlreiche Zeugen und Sachverständige sind aus allen Teilen Deutschlands geladen.

Prof. Henkel, der vorläufig von seinem Amte entbunden ist, erhebt in der Uniform eines Stabsarztes mit dem Eisernen Kreuz. Er weist alle gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zurück und bekennt wiederholt, daß er für seine Klinik große persönliche Opfer gebracht habe. Im Jugendverhör interessierten besonders die ausführlichen Erörterungen des Prof. Adhler, welcher darlegte, wie er zu seiner Anzeige veranlaßt worden ist. Ihm tritt der Verteidiger Rechtsanwalt Wisberg wiederholt entgegen, indem er höches Verhalten sowohl vom ärztlichen wie vom kollegialen Standpunkt aus bezeugt. Andere Zeugen sprachen sich über die Pflege der Säuglinge in der Jenaer Klinik größtenteils lobend aus. Auch Geheimrat Czerny-Berlin nimmt in seinem Gutachten zur Sprache der Säuglingspflege den Angeklagten in Schutz. Man dürfe — meint er — die Verhältnisse an der Jenaer Frauenklinik nicht mit denen in anderen Instituten vergleichen, die sich ausschließlich der Säuglingspflege widmeten und die dafür wesentliche höhere Mittel zur Verfügung hätten als Jena.

1500 Brote ohne Marken verkauft.

Bäckermeister Hagen ließ durch seinen Knäcker Wolf Brote an Wiederverkäufer abgeben. Wöchentlich einmal rechnete eine Anzahl dieser Hagens mit Wolf ab, der bei dieser Gelegenheit auch die Marken für die den Wiederverkäufern gelieferten Brote abgab. Die Wiederverkäufer konnten an Wolf natürlich nur für die von ihnen bereits verkauften Brote Marken abliefern. So mußten also bei jeder Wochenabrechnung so viele Marken in Rückhande bleiben, als unverkaufte Brote bei den Wiederverkäufern lagerten. Wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, dann müßte der Markenrückstand jeder Woche spätestens bei der nächstfolgenden Wochenabrechnung an Hagen abgeliefert werden können. Das war aber nicht der Fall. Die Zahl der rückständigen Brotmarken schwoll von Woche zu Woche an und schließlich war Wolf mit ungefähr 1500 vollen Brotmarken im Rückhande. Bei den einzelnen Wiederverkäufern ging die Zahl der nicht abgelieferten Marken in die Hunderte, in einem Falle sogar bis 400. Für den Bäckermeister Hagen hatte das die Folge, daß er dem Markenrückstand entsprechend weniger Mehl erhielt und dadurch geschädigt wurde. Wegen dieses Schadens hielt sich Hagen an den Knäcker Wolf, den er natürlich unter Einbehaltung seiner Kaution von 300 M. und dem ihm zuzurechnenden Provisions von 60 M. Wolf lagte nun beim Innungs-Schiedsgericht auf Zahlung der 360 M. Er behauptete, es sei nicht seine, sondern Hagens Schuld, daß so viele Brotmarken fehlen. Eine unredliche Handlung auf seiner (Wolfs) Seite liege nicht vor. Als während der Ferien viele im Westen wohnende Herrschaften verreist waren und infolgedessen der Brotabgab in jener Gegend bedeutend zurückgegangen war, habe ihm Hagen täglich viel mehr Brote mitgegeben, als er normalerweise bei seinen Kunden (den Wiederverkäufern) loswerden konnte. Hagen habe verlangt, daß er (Wolf) das Brot abgebe. So sei es also den Kunden förmlich aufgedrängt worden und da bei diesen der Abgab stockte, so hätten sie auch entsprechend wenig Marken abliefern können. Auf diese Weise sei das Konto ohne sein Verschulden entstanden. Der Ueberfluß an Brot in Hagens Bäckerei sei in jener Zeit so stark gewesen, daß Hagens Pferde mit Brot gefüttert worden seien.

Der Beklagte Hagen erklärte, Wolf habe die Brotmarken unterschlagen und ihn dadurch geschädigt. Wenn der Kläger auf Zahlung seiner Kaution und Provision verzichte, dann wolle er (der Beklagte) die Sache als erledigt betrachten. Andererseits werde er Strafanzeige gegen Wolf erstatten.

Da Wolf unter Versicherung seiner Schuldfreiheit auf seiner Forderung bestand und Hagen die Angelegenheit nunmehr vor den Strafrichter bringen wird, setzte das Innungs-Schiedsgericht die Verhandlung bis nach Erledigung des Strafprozesses aus.

Daß 1500 Brote verkauft und verzehrt wurden, wofür der Käufer der sie herstellte, keine Marken erhalten hat, ist nach den vorliegenden Angaben Tatsache. Offensichtlich geht es dem Strafrichter, festzustellen, wie dieser auffallende Verlust gegen bestehende Verordnungen möglich war und wer etwa unerlaubte Vorteile aus dem Brotüberfluß im Westen Berlins gezogen haben mag.

Eine Doppellebe. Zwei Frauen hatte sich der Arbeiter Otto Herzog mit dem Erlöse zugelegt, daß er vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I unter der Anklage der Doppellebe zur Verantwortung gezogen wurde. Als Herzog, ein vierzigjähriger Mann, eingezogen worden war, hatte er, obwohl er bereits verheiratet war, Beziehungen mit einem Mädchen angeknüpft. Dieses lag ihm dann ständig mit einer Heirat in den Ohren, da es ihr schärfster Wunsch war, einen Mann zu bekommen. Schließlich ließ sich auch der Angeklagte durch ihr andauerndes Bitteln so den Kopf verdrehen, daß er mit der neuen Braut, die natürlich keine Ahnung vom dem Vorhandensein seiner rechtmäßigen Frau hatte, den Weg zum Standesamt antrat. Vor Gericht konnte er seinen Ausschluß darüber geben, wie er eigentlich dazu gekommen sei. Das Gericht ahndete sein Vergehen mit acht Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. 2. 1. und 2. Beim Kriegsmuseum Berlin - Schöneberg, Kpittel-Quadrat-Str. 2, 3? 4. Kur der Angeklagte. — W. S. 8102. 1. Schreiben Sie ab. 2. Schreiben Sie sich doch an das Lager. Die Salbe müßte jedoch helfen. — Feldarbeiter 47. Bis 15 Jahre, wenn aber das Kind noch nicht erwerbsfähig ist, Lehrling, hant usw., dann länger.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Freitag mittags. Zunächst ziemlich heiter, ohne erhebliche Niederschläge, am Freitag mild, in der Nacht zu Freitag Regenwetter leichter Frost, später allmählich zunehmende neue Trübung und meist geringe Regenfälle.

Sozialdemokratisch. Verein für Lettow-Reeskov.
Heinrich Copenack.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse **Willi Weinschild** (Hilfsbock, eingezogen zum Meer, im Alter von 20 Jahren verstorben ist.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes, Rudower Straße, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Bezirksleitung.

Unser innigstgeliebter guter Sohn und Bruder, der Postbeamte 1018
Willi Weinschild-Triebsch
Kanadier der Hal-Criak-Abt. Frankfurt a. M., wurde am 24. Oktober im Alter von 20 Jahren durch den Tod von seinen liebsten Eltern, die er sich im Dienste für das Kaiserreich ausgezogen hat, erlöst.
In tiefstem Schmerz **Germann Weinschild und Frau.**
Gertraud Weinschild.
Cöpenick-Abtheilung, 24. Okt. 1919.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Cöpenicker Friedhofes, Rudower Straße, aus statt.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Bezirksverwaltung, Groß-Beckin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Oskar Fues** am 22. Oktober im Alter von 66 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchbinder **Gustav Storz** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Förderer für Feuerbestattung.
Sitz Berlin, Geogr. 1905.
Am 20. Oktober verstarb plötzlich unser Anwalt Herr **Otto Schulze**
Krankenassenbeamter, Lichtberg, Kanthstr. 20.
Seine Gemüthsartigkeit und Pflichttreue sichern ihm ein ehrendes Andenken.
Die Beerdigung findet am 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in der Gerichtstraße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Berein der in Schriftgießereien beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins
Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 2 Uhr.
in Pabels Brauerei, Bergmannstraße 4-6:
Vereins-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vereinsmitteilungen, 2. Bericht von der Schriftgießerkonferenz, 3. Antrag auf anderweitige Regelung der Feuerungszulagen, 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verband der Sattler und Portefeuillier.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Portefeuillier **Willi Weinschild** 20 Jahre alt verstorben ist. 100/14
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Cöpenicker Friedhofes, Cöpenick, Rudower Straße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Wir erhielten die kaurige Nachricht, daß unser lieber Freund und Kollege, der Raschmensieger 7318
Emil Ganzke
Inh. des Gef. Nr. 2. H. aus Stargard i. P., 36 Jahre alt, am 1. September in französischer Gefangenschaft seinen kühnen erliegen ist.
Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren.
Die Kollegen der „Deutschen Tageszeitung“.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.
Am 22. Oktober starb unser Mitglied, der Maurer **Gustav Beyendorf.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, auf dem Kogorffsträßchen in Reindorf-Bezirk, Berliner Straße, statt.
Der Vorstand.

Am 21. Oktober starb nach langen, kühnen Leben mein innigstgeliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Maler **Karl Arndt** im noch nicht vollendeten 24. Lebensjahr.
Dies gehen im tiefsten Schmerz an **Auguste Arndt, Walter Arndt nebst Frau, Paul Deter nebst Frau, Herbert Deter, als Enkel.**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause „Insterburger Straße 18, nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde aus statt.
Geliebt, beweint und unversehrt.

Daufragung.
Für die vielen Bemühte berglicher Teilnahme, die mir beim Hinscheiden meines innigstgeliebten Mannes, des Dreikers **Albert Kurby,** bezogen wurden, sage ich allen Bewandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Reijger für die tröstlichen Worte am Sarge, d. Anschließenden sowie den Kollegen der Dammier-Rotoren-Gesellschaft, Marienfelde, dem Gesangsverein „Richte-Georgina“ und dem Deutschen Metallarbeiterverband meinen herzlichsten Dank. 912
Die trauernde Witwe **Berta Kurby.**

Schreiben Sie schlecht?
Dann schaffen Sie sich das Werk „Schnellschönschreiben“ an. Auch die schlechtesten Handschrift wird in wenigen Stunden dauernd flott und schön. 80 000 Exemplare verkauft, franko 1 Mark, Nachnahme 20 Pfennig mehr.
K. KULA, Berlin-Neukölln, Postfach 87.
Gegründet 1864
Pelzwaren in grossen Einzelverkauf einzeln oder zu billigen Preisen.
S. Schlesinger, Neue Königstr. 21 (Görlitzerstr.) kein Laden, II. Stock.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer 21 zu achten! 21
Sonnt. v. 12-2 goßfn. 21
Heines Werte 3 Bände 6 M. Buchhandlung Dornbach

Spezial-Arzt Dr. med. Haedicke
Harn-, Haut-, Geschlechtsleiden, Syphilis (Behandlungs-4.12 T.), Blatuntere, Ehrlich-Harn-Salvarsan-K-Mod., schmerzlose Behandl. u. Borfästigung, -Mäßige Preise Teilzahlung. Friedrichstr. 187-188 (Untergrundbahn) 11-1, 3-7, Sonntag 11-1.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 (Oranienb.), f. Syphilis, Harn-, Frauenleiden Ehrlich-Harn-Kar (Dauer-10 T.), Blatuntere, Schenalle, sichere schmerzlos. Heilung ohne Borfästigung. Teilzahlung. 262/12* Sorensenstand. 11-1 u. 6-8.

Erich
lagen vor allen unsern innigsten Dank.
Besonderen Dank seinem Kassenleiter und den Mitglieckern, sowie den Pausgenossen für die zahlreiche Teilnahme bei der Einäscherung. 694
Berlin-Neukölln.

30 Mark Belohnung.
Blühender Hock, Steuerkarte 2828, schwarz, mit braunen Ohren und Schwanz, gefügt, glattglänzend, verlaufen. Abzugeben **Wolf**, Altonaer Str. 31, Teleph. Noack 25:0. 267/15

Reuters Werte
3 Bände 6 M. Buchhandlung Dornbach

21
21
21

Babylons Zerstörung und Wiedererweckung.

Von Sven Hedin.

Die Kunde der deutschen Archäologen lassen erkennen, daß Babylon schon vor fünf Jahrtausenden bewohnt war.

Auf Naboned, der ebenfalls seinen Namen als Bauberr verewigte, folgte das Zeitalter der persischen Könige (538—331).

Über wie hochaltaltig haben sich die Voraussetzungen der Prophezeiten des Alten Testaments erfüllt Die Wüste ringsum wirkt weniger als diese Schutthaufen und diese trostlosen kahnen Mauern!

Niemals habe ich die Bücher des Alten Testaments mit größerer Aufmerksamkeit und wärmere Interesse gelesen, als in den Tagen, da ich die Ruinen von Babel und Ninive besuchte.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines fernenden Jahrhunderts. Von R. Francé.

Er lieb also nicht von jenem unseligen Kreis, vor dem ihr so langte. Mit einer Art grausamer Freude an der eigenen Angst malte sie es sich aus und sah es vor sich.

Rach war der Vater nicht zu erwarten und die Lante wollte noch immer in der Kirche. Ihr wollte sie entgegen gehen, wenn auch die Stille einem Mädchen verbot zu so nächstlicher Stunde allein die Straße zu betreten.

Sie trat in das weite Gewölbe, in dem nur mehr wenige Andächtige knieten. Ein paar verhußelte Weiblein, ein alter Mann und ein Mädchen, das trockenen geröteten Auges vor sich hinstierte, während ihr Mund in Schmerzen zuckte.

Auch sie mag um ihr Liebste beten, durchzuckte es Regina, als sie an ihr vorüberging.

Eine unglücklich düstere Grabbestimmung weckte im weiten Raum, den nur einige Opferkerzen gespenstisch erhellen. Die goldenen Strahlen um die Heiligen an den Seitenaltären gleiteten gleich türkischen Schlangen, die Weiler des Schiffes verloren sich wie ins Unendliche im nächtigen Dunkel.

Dort sank sie in die Arme und in überströmendem Weh hob sie die Arme sehnsüchtvoll nach der Heiligen.

„Hilf, Maria, hilf, daß sich alles zum Guten wende.“

Paradies von Casen und Gärten, dicht wie die Flecke eines Bauherfelds — diesen Horizont hat auch ihr Blick umfaßt, wenn sie bei Sonnenuntergang auf den Gängen ihrer Paläste wandelten.

Run aber, seit weniger als einem Jahrhundert, steigt diese alte Welt aus der Erde heraus und beschäftigt in Keilschrift auf gebranntem Lehm die Wahrheit so mancher Bibelwort.

Das bisher von dem babylonischen Trümmerfeld auf dem linken, östlichen Euphratufer ausgegraben werden konnte, bildet ein Dreieck, dessen Spizen nach Norden, Osten und Süden gerichtet sind, und dessen Westseite sich an den Euphrat lehnt.

Dieses gewisserrmaßen auf der Südspitze stehende Quadrat war von der äußeren Stadtmauer umschlossen, deren Länge die alten Geschichtsdreier Herodot und Strabon auf 86 bzw. 65 Kilometer angeben; in Wirklichkeit betrug sie nur etwa 18 Kilometer.

Nächtiger sind die Angaben der griechischen Schriftsteller über die sonstige Anlage der Mauer, die eine dreifache Befestigung hatte: zuerst eine 7 Meter dicke Mauer aus Lehmziegelwerk; 12 Meter vor und parallel mit ihr eine 7,80 Meter dicke Mauer aus gebrannten Ziegeln, und vor dieser noch eine Grabenmauer von 1,30 Meter Dicke.

Rebuladnegar war es, der die Stadt in eine Festung verwandelte. In einer seiner Inschriften spricht er von dieser Mauer, von dem gewaltigen Graben davor und von den aus Fehernholz gefertigten, mit Kupfer überzogenen Türpfählen in den Mauertoren.

Janitten dieses, durch die beiden Seiten der alten Stadtmauer und den Euphrat bezeichneten Dreiecks liegt nun eine Welt von Erd- und Schutthaufen, von Mauer- und Burgruinen, die meinem Reiselagerden und mir ein rätselhaftes Durcheinander gebildet wäre, hätte uns nicht Professor Rodewich mit unermüdbar Ausdauer, des glühenden Sonnenbrandes nicht achtend, drei Tage lang umhergeführt und Licht in dieses Dunkel der Gräben und Schächte gebracht.

Aus dem neuen Wandlerbuche „Bagdad-Babylon-Ruinen“, worin der japanische Reisende und Forscher mit seinem bekannten Silberrelief während des Krieges gewonnene Einbrüche aus dem Zweistromlande festhält. (Verlag von R. A. Brockhaus, Leipzig, Feldpostausgabe 1 Kr.)

Schüge Reinhard, lag ihn doch den rechten Weg ins Haus des Vaters finden.“ Ihr Herz sprach vor Inbrunn das Gebet mit lauten Schlägen mit. Und wie ein helles Klagen durchzitterte es die Kirche, im klammernden Leuchten schien Leben im Auge der Gottesmutter, tröstende Strahlen gingen von ihm aus und spannen ein Reg der Ergebung und Ruhe über die Qualen der Betenden, die noch lange in dieser lie langsam überrieselnden Banne eines innerlich erhörten Gebetes verblieb . . .

Drüben hinter dem zweiten Pfeiler im unbestimmten Schein des Lampens aber knierte leise der grüneidene Vorhang am Beichtstuhl, so oft der hochwürdige Vater Crosslanza eine heftigere Bewegung der Ungebild dahinter machte. Und er war reichlich ungebildig, denn das Vpeln der alten Jungfer, die schon seit mehr denn einer halben Stunde vor ihm kniete, wollte kein Ende nehmen.

Nur aus Gefälligkeit war er zum Beichtstuhle gegangen für seinen Freund, den Vater Guardian, der rauh flüchtete, als er zu später Stunde noch die Zehndoldborstin in ihrer großen Hand suchend um die Beichtstuhltrippelein sah.

„Ich bitte Euch, Vater Conistus, nehmt sie mir heute ab — werd' Euch ein andermal in politisch erkenntlich sein“ — unterbrach er rauh das Gespräch, das sie in der offenen Tür der Sakristei geführt.

„Aber man soll doch nichts wissen in der Stadt, daß ich geweihter Ordensbruder bin“, warf der Professor ein.

„Soll's auch gar nicht merken, die Jungfer — 's ist ja finster und am Pfälster erkennt sie niemand.“

Und so übernahm er den Freundschaftsdienst, denn mit dem Vater Guardian hatte er seinen besonderen Plan und wollte ihm gern gefällig sein.

Ungebildig wollte er schon zum wiederholten Male das Kreuzgezeichen machen zur Absolution, als Lante Mensch wieder eine neue Frage aus der Tiefe ihres bebrängten Herzens holte.

„Und dann müßt' ich Hochwürden Guardian — sie hatte richtig nichts bemerkt, wen sie vor sich hatte — bitte, ob ich morgen wiederkomme dürst“, wann ich mein Herz nicht rein genug fühl' in dieser bösen Sack? Der Sekretär von Solms hat angespielt, als ob er durch den Herrn Professor von Widmont, der wo doch auch den Joseph, meinen Bruder,

Midas 1917.

Man schreibt aus Wien: Ginnen wir uns heute noch an die Geldgier des König Midas, den sagenhaften Bergkönig, der, auf Wunsch, von Dionysos die Gabe erhielt, daß alles, was er berührte, sich in Gold verwandte, und der, da das bejahte Danaergesicht des Gottes sich auch auf Speise und Trank bezog, fast im Gold erstickt und verhungert wäre? Wir leben auch in solch einem Midasischen Zeitalter, und die Geldgier des König Midas, die den Wert aller Dinge, mit Ausnahme der Eh, Trint- und Rauchwaren in Nichts verwandelt, heißt nun auf der letzten Seite einer großen Tageszeitung so: „Goldmächten mit 100 Kronen verloren, abzugeben da und dort, Findexeln: 10 Kronen oder 100 Stück ägyptischer Zigaretten.“

Der trinkfeste Turmel.

Da der in eine der großen „Häfen“ vertriebe und vor kurzem in das Untersuchungsgefängnis von Areobes gebrachte Depuatierte Turmel in seiner südfranzösischen Heimat wegen seiner außerordentlichen Gelehrte für den Weingenuss berühmt war, hält ein Pariser Zeitungsjeller es für angedacht, durch Vermittlung seines Blattes das folgende offene Schreiben an den Gefängnisdirektor zu richten: „Erblicken Sie in diesem Brief nur den Beweis einer respektvollen Sympathie, denn ich will Sie höchst auf einen sehr wichtigen Punkt aufmerksam machen.“

Nosigen.

Theaterchronik. Das Berliner Theater bringt von jetzt ab jeden Sonnabend 8 1/2 Uhr Aufführungen von „Die Waisenehe“ zu ermäßigten Preisen.

Vorträge. Im Monistenbund spricht Freitag im Humboldt-Platz Dr. Magnus Ehrlich über „Beretungsgesetze“.

Künstlerische Finger. Im medizinisch-naturwissenschaftlichen Verein in Erlangen führte Dr. Verhees einen achthjährigen Knaben vor, der an einer handt förmliche Finger dadurch eingeht hatte, daß er in eine Hanterschneidemaschine geraten war.

Die Erfindung des Tages. Ein Erfinder meldet in schweizerischen Zeitungen einen patentierten „Spezialapparat zur Verhütung des Verlierens der Proforte und zur Erleichterung der Kontrolle der abgetrennten Profortenabgänge“ an. . . Der Mann wird sich den Dank der ganzen Menschheit verdienen, wenn er seinen Apparat zur Verhütung des Verlierens auch für Haushaltliche, Bräuen, Geldtaschen, Handtasche usw. aus. brauchbar macht.

kennt durch seine Schwester, die Nebytant — die Nebytant war nämlich fast die zweite Mutter zu uns Zehndoldborstlichen Kindern, eine liebe Frau und sehr fromm — sie ist immer zu dem alten Herrn Vater Guardian in die Beicht kommen, habe sie den noch kennt, Hochwürden? Er hat im Kloster net nach verna raus g'wohnt, sondern gegen den Garten, wo der selige Mohtus den Gefäschmel hat . . . aber wo bin ich denn; alsdann, als ob der Herr Professor von Widmont den Joseph besuchen könnt', um ihn umzustimmen, weil doch der Joseph so viel auf den Herrn Professor hält . . .

„Ist der Sekretär oft bei dem Dr. Widmont“, unterbrach auf einmal interessiert der Beichtvater das ununterbrochen plätschernde Bächlein dieser Beredsamkeit.

Und ließ sich dann genau Bericht erstatten, wie der junge Beamte, an dessen unglücklicher Liebshaft er natürlich nicht zu viel Anteil nahm, mit dem so absonderliche Experimente erwidenden Verzte befreundet wurde, von ihm oft väterlich beraten und beeinflusst sei, wobei er dem auch durch allerlei geschickt eingetrennte Nebenfragen Verschwiegenes erfuhr von der eifrigen Freundschaft des Widmont mit dem berühmtesten Professor Weidhaupt und den anderen Illuminatenkämpfern, die vor wenigen Jahren bei dem skandalösen Hochverratsprozess wegen Schwarmgeistes die Stadt verlassen mußten.

Endlich gelang es ihm, die Absolution anzubringen. Nachdem noch das alte Fräulein unbekümmert die Hand ihres Seelenführten geführt und sich dabei verwundert gedacht, warum die so klüger sei, was sie doch vordem am gutgebauten Vater Guardian nie bemerkt, verließ sie endlich mit neugieriger Seele das Gotteshaus. Ihre Klacht, die sie längst erpäht und auf ihre Lössprechung gewartet hatte, begleitete sie, selbst trübselig und wunderjam leichten Herzens, von Mut zum schweren Gang ins Vaterhaus.

Inzwischen war Solms auf dem kürzesten Wege nach seinem Heim geeilt. Gesunde als er um die Ecke bog, prallte er fast zusammen mit dem alten Webl, der sofort in gewohnter Untermüdigkeit zur Seite häupte, so rauh dies seine gütlichen Worte ertönen. Dann stand er auf eine Aureda wartend stramm, aber der junge Mann war viel zu sehr mit seinem Gedanken beschäftigt, als daß er des Rangschreibers wartende Haltung beachtet hätte.

(Fortf. folgt.)

mäßige Hilfe regieren sollte. Der Ausdruck eben dieser Stellungnahme war die Krise in den Regionen und die Niederlage des Staatrates. Die Regenten sind gekommen, als es sich gezeigt hatte, daß man ohne die Polen weder eine polnische Armee noch Polen überhaupt bilden könne. Sie, wie auch die Minister, müssen daran denken, daß sie tatsächlich nur dann werden regieren können, wenn sie das Volk hinter sich haben. Wir warten auf Latein. Diese werden uns sagen, ob wir es mit einer Regierung zu tun haben oder mit einer Form ohne Inhalt.

Der französische Vorstoß auf Chavignon.

Fransösischer Heeresbericht vom 23. Oktober, nachmittags. Nach einer Artillerievorbereitung, die mehrere Tage andauerte, griffen unsere Truppen heute früh 5 Uhr 15 Minuten in der Gegend von Allemant und Malmailon die starken deutschen Stellungen an. Auf der ganzen Angriffsfront machten wir ausgedehnte Fortschritte und brachten zahlreiche Gefangene ein. Nordwestlich Reims ziemlich lebhaftes Artilleriefeuer während der Nacht.

Abends. Nördlich der Aisne hat sich der Angriff, den wir am Morgen angelegt haben, außerordentlich glänzend entwickelt. Trotz Nebel und Regen haben unsere Truppen mit wunderbarem Ungestüm die furchtbaren Anlagen des Feindes, die von den besten Truppen Deutschlands verteidigt und durch eine zahlreiche Artillerie unterstützt waren, angegriffen. Im ersten Schwung haben unsere Soldaten die von den Steinbrüchen Fruty und Hohern begrenzte Linie genommen. Bald darauf fiel das Fort Malmailon in unsere Hände. Weiter vorstößend haben unsere Truppen nach erbittertem Kampfe gewisse ihrer unüberwindlichen Stöße gegeben. Sie haben den Feind aus den Steinbrüchen des Mont Parnasse, die zum Teil durch schwere Granaten ausgedübelt waren, geworfen. Auf unserem linken Flügel ging das Vorrücken mit demselben Erfolge weiter. Die Dörfer Allemant und Baudesson blieben in unserer Gewalt, während zur Rechten unsere Truppen die Linie bis auf die beherrschenden Höhen von Vergun-Rilain vorzogen. Im Zentrum schließlich drängten unsere Truppen frische Reserven des Gegners zurück und bemächtigten sich im harten Kampf des Dorfes Chavignon. An diesem Punkte erreicht unser Vorrücken eine Tiefe von 3 1/2 Kilometern.

Die Verluste, die der Feind im Verlauf dieses Kampftages erlitt, waren beträchtlich, und kommen zu denen, die durch die Artillerievorbereitung verursacht wurden. Die Zahl der bisher gefangenen Gefangenen übersteigt 7500; unter dem enormen erbeuteten Material haben wir 25 schwere und Feldgeschütze gezählt. Trotz des sehr ungünstigen Wetters haben die Pioniere in der tapfersten Weise die Aufgaben, die ihnen beim Fliegen 60 Meter über den Linien zuzuteilen, erfüllt.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 23. Oktober. Amtlich. Neue U-Boot-Erfolge im Kermellkanal und in der Nordsee: Drei Dampfer und zwei Segler. Die drei mittelgroßen Dampfer, die alle beladen waren, wurden von einem U-Boot innerhalb 4 1/2 Stunden aus drei gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Die versenkten beiden Segler hatten Grubenholz für England geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englischer 13 000-Tonnen-Hilfskreuzer vernichtet.

London, 23. Oktober. Amtlich. Der Hilfskreuzer Drama (12 927 Brutto-Registertonnen) ist am 19. Oktober torpediert worden und gesunken. Menschenverluste sind nicht eingetreten.

London, 23. Oktober. Amtlich. Ein Torpedobootzerstörer ist infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Zwei Offiziere und 21 Mann wurden getötet.

Die Drama gehörte zu den Schiffen, die am 14. Mai 1915 den deutschen Kreuzer Dresden, als er in den südpazifischen Hochseegewässern Ausbesserungen vornahm, unter Beschuss des Völkerrichts bombardierten. Die Besatzung der Dresden sprengte damals das schwer beschädigte Schiff in die Luft, um die Wegnahme durch den Feind zu verhindern.

Die Irrfahrt der deutschen Zeppeline.

Amsterdam, 24. Oktober. Ein Telegramm von Reuters Sonderkorrespondent aus Paris teilt folgende Einzelheiten über die Irrfahrten der deutschen Luftschiffe mit: Der Flug wurde mit 13 Marineluftschiffen unternommen. Sie flogen an drei verschiedenen Punkten um 7 Uhr abends auf. Die Dauer des Fluges war auf 20 bis 25 Stunden berechnet. Die englische Küste erkannte man an den Lichtern. Das Flugzeuggeschwader flog in einer Höhe von über 5000 Meter, als es von einem kräftigen nordöstlichen Winde ergriffen wurde. Die Zeppeline versuchten darauf, Recht zu machen und zurückzukehren, aber der Gegenwind verhinderte dieses Vorhaben. Bei Anbruch des Tages meinte man an Bord des Luftschiffes 49, über den Niederlanden oder Westfalen zu sein, so daß man ziemlich niedrig flog. Erst zwischen 8 und 9 Uhr erhielt der Kommandant die Gewissheit, daß man sich über Frankreich befand. In diesem Augenblick wurde das Luftschiff bereits von verschiedenen französischen Flugzeugen entdeckt. Kurz darauf kreuzte das Luftschiff 50 über dem Luftschiff 45, welches schon auf der Erde lag, umringt von französischen Flugzeugen. Das Luftschiff 50 versuchte zu landen, um der Besatzung die beste Gelegenheit zu geben, zu fliehen. Die Besatzung besteht aus 20 Mann Besatzungspersonal; die meisten Mannschaften der Besatzung sind Unteroffiziere. Die waren in Pelze gehüllt und trugen Lederkleidung.

Schweizer Grenz, 24. Oktober. Wie die Wälder aus dem Nord melden, war bei dem letzten Zeppelinangriff fast gar kein Geräusch zu hören. Man glaubt, daß es den Deutschen gelungen sei, einen geräuschlosen Motor herzustellen.

Deutsche Landungen in Estland?

Russischer Heeresbericht vom 23. Oktober. Ostsee: Am 21. Oktober kam es auf dem Meer nicht zu Kämpfen. Am Eingang des Finnischen Meerbusens entdeckten wir deutsche Unterseeboote. Ebenso wurden große feindliche Streitkräfte und Transporte von unseren Posten im Rigaischen Meerbusen entdeckt. Am 21. Oktober, 10 Uhr nachmittags, beschossen deutsche Torpedoboote unsere Truppen, welche die Küste bewachen, und begannen an der Halbinsel Werder, östlich der Insel Moon, an Land zu gehen. Gleichzeitig bemerkten wir am Eingang des Golfes von Riga, zwölf Werft nördlich von Werder, mit Pferden beladene Schuten, die sich der Küste näherten. Zwei Kompanien Infanterie, die in Werder an Land geschickt worden waren, vertrieben unsere Posten und besetzten den Westteil der Halbinsel.

Russischer Heeresbericht vom 23. Oktober. Nordfront: In der Richtung auf Riga rücken unsere Abteilungen bei den Geschäften Schul und Hingenberg und bei Alkash und Lendburg vor, besetzen die verlassene vorgeschobene feindliche Linie und nahmen nach Kampf die Höhen im Norden des Geschäfts Hingenberg.

Ostsee: Bei der Flotte keine Begebenheiten. Wir entdeckten bei Riga feindliche Schiffe, darunter 2 Linienfahrzeuge, 3 Kreuzer und Torpedoboote. Am 21. Oktober beschossen Torpedoboote die Küste beim Dorf Iskul, 8 Werst nördlich von Werder. Versuche des Gegners, bei der Meierei von Koijskul, 12 Werst nördlich von Werder, Truppen zu landen, wurden von unseren Küstengewehren zurückgewiesen.

Zur Krise.

Der Kaiser hörte, wie amtlich gemeldet wird, vorgestern abend den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Herrn v. Valentini. Unmittelbar zuvor hatte Herr v. Valentini die schon gemeldete Unterredung mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen, unter ihnen auch einen Nationalliberalen, die einmütig die Stellung des Reichszanzlers als unhaltbar bezeichneten.

Immer noch alldeutsche Propaganda im Heere.

Agitation zugunsten irgend einer politischen Partei wird bekanntlich im Heere nicht geduldet; aber auf die „notwendige Aufklärung“ kann nicht verzichtet werden! Wie wenig sich diese „Aufklärung“ von alldeutscher Propaganda auch heute noch unterscheidet, geht aus einem Bericht in den Dortmunder Zeitungen hervor. Danach wurde den sämtlichen gefähigen Insassen der Dortmunder Gazarette der dienstliche Befehl erteilt, am Sonnabend, den 20. Oktober, an einem Vortrage des Pfarrers und Fortschrittsmannes a. D. Traub teilzunehmen. Das Thema lautete: „Das Gebot der Stunde“. Herr Traub führte zunächst die Verwundeten über die Fronteindrücke auf Traub die Verwundeten — nicht etwa, was näher gelegen hätte, die Verwundeten Herrn Traub! Der Hauptzweck des Vortrages aber bestand in dem ausführlich begründeten Nachweis, was Deutschland alles annehmen müsse und weshalb ein „deutscher Friede“ notwendig sei. Der Vortrag soll sich wenig von der Propagandarede unterscheiden haben, die Traub acht Tage vorher in den Kundgebungen der Vaterlandspartei hielt.

Es besteht also kein Zweifel, daß hier alldeutsche Propaganda betrieben worden ist und daß auf Soldaten ein dienstlicher Druck ausgeübt wurde, an dieser alldeutschen Agitation teilzunehmen. Wie unser Dortmunder Parteiblatt berichtet, haben ihm viele Teilnehmer ihre Entrüstung über die Traubsche Rede ausgesprochen; sie hätten ganz andere Sorgen als der erobereungslustige Pfarrer Traub. Die meisten Zuhörer hätten das Ende des Vortrages mit Ungeduld erwartet. Das Zentrumsorgan sagt: Dienstlicher Befehl, um Traub anzuhören, ist ein starkes Stück. Es müsse insbesondere gegen die Abkommandierung katholischer Soldaten zu einem Traubschen Vortrage Einspruch erhoben, nachdem Traub noch vor wenigen Wochen das Oberhaupt der katholischen Kirche wegen seiner Bemühungen um den Frieden mit Spott und Hohn überschüttet habe. „Aber auch die nichtkatholischen Kriegsbeschädigten denken über Kriegs- und Friedensziele anders als Traub und seine Auftraggeber. Darum sollte Traub mit seiner Vielrederei wenigstens die Kriegsinvaliden verschonen. In ihm erblickt nach den Vorträgen der letzten Tage jeder Zuhörer nur den Agitator der Vaterlandspartei.“ Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß es verächtlicher wäre, wenn die Lazarettverwaltung den Invaliden Vorträge halten ließe, die das soziale und wirtschaftliche Leben der Kriegsinvaliden unmittelbar berühren.

Wird man angesichts dieses Falles noch mit gutem Gewissen behaupten können, daß es sich beim Traubschen Eröberungsvortrag um „notwendige Aufklärung“ handelt?

Wie lange noch?

Im roten „Tag“ läßt der Freiherr v. Maltzahn-Gürk seine Fanfare gegen die verhasste Reichstagsmehrheit ertönen. Quousque tandem? — wie lange noch? — ruft er trotzig aus. Alles habe sich durch den Krieg geändert, Gesetzgebung, Wirtschaftsweise, selbst die Person des Reichszanzlers, nur der Reichstag mit seiner jetzigen Mehrheit bestehe unverändert und das preußische Dreiklassenwahlrecht samt dem Dreiklassenwahlrecht, das hat Herr v. Maltzahn übersehen!, also müsse die Reichstagsmehrheit weg! Um die Mehrheit ordentlich zu verdächtigen, verleumdet Herr v. Maltzahn recht kräftig darauf los. Er schreibt u. a.:

Mit Entrüstung hat das Land erfahren, daß einige Mitglieder des Reichstages mitteilten Angehörigen der Marine zur Ausführung landesverräterischer Pläne mit Rat beihilflich gewesen seien. Die Reichstagsmehrheit best die Leute mit der Immunität des Abgeordneten.

Sowohl der erste wie der zweite Satz glatte Unwahrheit! Niemand — nicht einmal Herr v. Capelle hat im Reichstag die Behauptung aufgestellt, daß die drei Abgeordneten der Unabhängigen ein landesverräterisches Unternehmen mit Rat unterstützt hätten, geschweige denn, daß irgend etwas derartiges erwiesen wäre. Ebenso unwahr ist die zweite Behauptung Herrn v. Maltzahn: die Reichstagsmehrheit habe „diese Leute“ mit der Immunität des Abgeordneten gedeckt. Tatsache ist, daß die Immunitätsfrage überhaupt nicht aktuell wurde, denn der Reichsanwalt hat bisher gar kein Verfahren gegen die drei Verdächtigen eingeleitet, weil er das Beweismaterial für ungenügend hält und daher auch keinen Antrag auf Aufhebung der Immunität gestellt oder stellen können!

So geht ein Mann mit der Wahrheit um, der sich zu den „Edelsten der Nation“ rechnet! Wie lange noch — so fragen auch wir — wird sich das Volk dieses unmögliche und unehrerliche Geschrei der Ländershamster — so verdeutschen wir uns das Fremdwort „Annerionisten“ — gegen seine erwählte Volksvertretung gefallen lassen?

Reichstagsabgeordneter Heinrich Gräfe gestorben. In Bischofsmerda ist der ursprünglich der Deutschen Reformpartei angehörige, später zu den Konservativen übergetretene antifeudalistische Abgeordnete Heinrich Gräfe gestorben. Er vertrat seit 1898 den 3. sächsischen Reichstagswahlkreis Dauten-Kamenz, dessen Mandat er zuletzt 1912 in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie behauptete, da ein Teil der ausschlaggebenden Fortschrittler für ihn stimmte. In der Hauptwahl hatte Gräfe 13 354 Stimmen erhalten, unser Genosse Bud 11 412, der fortschrittliche Kandidat 7889. In der Stichwahl setzte Gräfe mit 17 490 gegen 15 092 Stimmen, die auf Genossen Bud entfielen.

Letzte Nachrichten.

Die Versenkung des Geleitzuges.

Amtliche deutsche Mitteilungen.

Berlin, 24. Oktober. Amtlich. Gegenüber den in der Presse des Auslandes erschienenen unzutreffenden, den Standpunkt unserer Heere einseitig berücksichtigenden Darstellungen der Vernichtung eines feindlichen Geleitzuges durch deutsche Seezeitkräfte am 17. Oktober wird nachstehendes ausdrücklich festgestellt:

1. Der Verlauf des Zusammenstoßes war kurz folgender: Unsere Streitkräfte gerieten nach dem Sichten des feindlichen Geleitzuges zunächst mit den zur militärischen Bedeckung beigegebenen englischen Zerstörern „Mary Rose“ und „Etong Bow“ in ein heftiges Feuergefecht, das bis zur Vernichtung der Zerstörer fortgesetzt wurde. Während dieses Gefechts versuchten die unter feindlicher militärischer Bedeckung fahrenden Handelsfahrzeuge zu fliehen, was, wie der amtliche Bericht durch die Funkstation Beldhu vom 20. Oktober 1917 bezeugt, auch dreien der Handelsfahrzeuge gelang. Nachdem die feindliche Bedeckung niedergelassen war, wurde das Feuer auf die übrigen Schiffe des Geleitzuges eröffnet, um sie zu versenken.

Die Behauptung, daß auf die befehligen Rettungsboote von unseren Streitkräften geschossen worden sei, entspricht in keiner Weise den Tatsachen und mag daher auf das entschiedenste als unzutreffend zurückgewiesen werden. Sie wird widerlegt durch die Zeugenaussage des Steuermannes des beteiligten schwebischen Dampfers „Widbur“, die feststellt, daß auf die Rettungsboote nicht geschossen worden sei.

Es erwähnt übrigens noch, daß ein begleitendes, englisches, bewaffnetes Handelsfahrzeuge den Geleitzug im Stich ließ, als U-Bootsgefahr gemeldet wurde.

11. Was die Vernehmung unserer Streitkräfte zu ihrem Vorgehen anlangt, so sei folgendes nochmals ausdrücklich erklärt:

1. Die Handelsfahrzeuge fuhren in einem feindlichen Geleitzuge, also unter militärischer Bedeckung, unter dem Schutz feindlicher Geschütze. Ein neutrales Schiff, das sich einem solchen Geleitzuge anschließt, stellt sich demnach unter den Befehl einer feindlichen Streitmacht. Der Waffenangriff anruft, hat Waffenangriff zu gewärtigen.

2. Der vernichtete Geleitzug wurde von unseren Streitkräften innerhalb des um England gelegten Sperrgebietes angetroffen. Unsere bei Verhinderung dieses Sperrgebietes erlassene Erklärung besagt, daß innerhalb seiner Grenzen „jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden wird“. Diese Erklärung ist seit Anfang Februar 1917 allen Neutralen bekannt, und es kann nur nochmals ausdrücklich vor den schweren Gefahren der Schiffsahrt in diesem Gebiet gewarnt werden. Wer sie auf sich nimmt, tut dies freiwillig, den mehrfach von deutscher Seite ergangenen Warnungen entgegen und hat die Folgen zu tragen.

Der Angriff am oberen Tsonzo.

Wien, 24. Oktober. Aus dem Kriegspressquartier wird am 24. Oktober abends gemeldet: Die Angriffsoperation am oberen Tsonzo nimmt, soweit bisher Meldungen vorliegen, einen günstigen Verlauf. Vielfach sind die ersten feindlichen Linien genommen und wurden bis jetzt 6000 Gefangene eingebracht.

Tisza Selbstverteidigung.

Budapest, 24. Oktober. Abgeordnetenshaus. In der Debatte über das Budgetprovisorium ergriff Graf Tisza das Wort und erörterte u. a. auch die Friedensfrage. Er sagte: Es ist ein ernstes Hindernis des Friedens, wenn die Forderung eines Friedens um jeden Preis erhoben wird. Leider haben auch vereinzelt Angriffe auf den treuen deutschen Bundesgenossen stattgefunden, mit dem wir Schulter an Schulter unsere Unabhängigkeit verteidigen und mit dem vereinigt wir einen Frieden durchsetzen wollen, der die Lebensbedingungen Ungarns sichert. Es ist ein trauriges Zeichen, daß einzelne den Wunsch nach Frieden für ihre Parteideweckung ausnützen wollen. Der Redner wandte sich sodann gegen die Behauptung, als ob von Seiten der Mittelmächte der Krieg hervorgerufen worden sei.

Kerenki im Vorparlament.

Petersburg, 24. Oktober. Im Vorparlament hielt Kerenki eine Rede, in der er den deutschen Durchbruch als die Folge eines Verätertreibens bezeichnete und fortfuhr:

Der Feind durchbrach unsere Front und Heer und Heimat wurden den Zeugen der Frevell von Kaniug und Larnopol, der ihnen das Programm von Rischinow und die Zeiten der zaristischen Regierung wieder ins Gedächtnis rief; der Frevell dauert im Süden Rußlands noch jetzt an. Seit der Zeit sind die natürliche Ungleichheit mit der neuen Regierung an sich bemerkbar zu machen. In der Tat hat die Regierung revolutionäre Kriegsgesetze geschaffen und die Todesstrafe wieder hergestellt, hat es aber im Augenblick der furchtbaren Pogrome getan, auf Wunsch nicht nur des Oberkommandos oder der Militärkommissare, sondern auch infolge des Drängens der Regimentsauschüsse. Jetzt haben sich in der ganzen Armee die Kommandostellen mit vernünftigen und wahrheitsliebenden Leuten gegen die Anarchie und Zerrüttung verbunden, für die die Verantwortung nicht die unzufriedenen Massen trifft, sondern diejenigen, die sie verderben. Die letzten Kämpfe in Galizien unter Kornilow sollten ein für alle Male das Märchen zerstören, daß die Wehrzahl der Offiziere Revolutionsgegner und Feinde der russischen Freiheit wären. Nur eine regelrechte Organisation und eine Gleichstellung des Kommandos, der Militärkommissare und der Regimentsauschüsse können eine Armee schaffen, deren kriegerischer Geist und Kampftätigkeit uns gestatten werden, den Vertretern des russischen Volkes in der gleichgebenden Versammlung zu sagen, daß die feindliche Offensive aufgehalten werden wird. Ich schließe meine Rede mit der Bitte, in Ihrer späteren Tätigkeit der Tätigkeit der Regierung zu helfen und mit ihr zusammen zu arbeiten.

In der heutigen Sitzung hat das Vorparlament einen Ausschuß der nationalen Verteidigung gewählt, der sich aus 41 Mitgliedern zusammensetzt.

Das Friedensprogramm des Sowjet.

Petersburg, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hinsichtlich der vom Arbeiter- und Soldatenrat dem Vertreter auf der Pariser Konferenz des Leubens erteilten Anweisungen wird im Ministerium des Leubens betont, daß diese Anweisungen für die Mitglieder der russischen Abordnung für die Konferenz keinen bindenden Charakter haben. Das Ministerium ist der Ansicht, daß familiäre Mitglieder dieser Abordnung, vor allem Vertreter der vorläufigen Regierung sein werden und infolgedessen ein gemeinsames Programm demnächst zu verteidigen haben werden. Die Regierung hat die Probleme und Ziele der Konferenz erörtert und besonders das Programm, welches ihre Vertreter in Paris darlegen sollen, wobei sie sich einzig und allein von dem Schutze der Interessen Rußlands leiten ließ. Die Zusammenfassung der Abordnung ist noch nicht bestimmt. Nach Empfang der Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrates stellten die russischen Diplomaten ihren einseitigen Charakter fest und wiesen darauf hin, daß man darin viel von den Pflichten Rußlands und seiner Verbündeten spreche, aber kein Wort von den Pflichten Deutschlands und Österreich-Ungarns, so daß die Anweisungen mit Stillschweigen über die politische Regierungsform des deutschen Volkes sowie der tschechischen Länder und der anderen slawischen Gebiete Österreichs hinweggingen.

Rapp wieder oben auf!

Der außerordentliche 84. Generallandtag der ostpreussischen Landschaft wählte am Mittwoch einstimmig den Wirklichen Oberregierungsrat Dr. Rapp zum Generallandtagsdirektor.

Lieb Vaterlandspartei, magst ruhig sein ...

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Beitragserhöhung im Malerverband.

Der Beirat des Verbandes der Maler, Lackierer und Anstreicher hat nach einer Aussprache über die Finanzlage des Verbandes den Vorstand aufgefordert, die zur Aufrechterhaltung und Stärkung des Vermögensbestandes während des Krieges erforderlichen Mittel durch eine Erhöhung des Beitrages für die Hauptklasse vom nächsten Frühjahr ab aufzubringen. Auch den Filialen hat der Beirat eine Erhöhung ihrer Beiträge zur Pflicht gemacht.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Dienstag die Filialversammlung der Filiale Berlin. Der Filialvorstand beantragte, den Wochenbeitrag um 20 Pfennige zu erhöhen, wovon 10 Pfennige der Hauptklasse und 10 Pfennige der Lokalkasse zukommen sollen. Dieser Antrag stieß in der Versammlung auf lebhafteste Opposition. Die Gegner des Antrages meinten, eine Beitragserhöhung sei nicht notwendig, denn nach dem Kriege würden ja die Kollegen wieder in den Verband zurückkehren und dadurch würden sich die Einnahmen ohne weiteres erhöhen. Auf Grund der gegenwärtigen Ausnahmestände solle man nicht gleich mit einer Beitragserhöhung vorgehen. Wenn man mit größtmöglicher Sparlichkeit wirtschaftet und nötigenfalls die Weihnachtunterstützung der Kriegsfamilien durch Extrabeiträge aufbringe, dann würde man die gegenwärtigen Schwierigkeiten ohne dauernde Beitragserhöhung überwinden können. Wenn aber der Vorstand und der Beirat eine Erhöhung des Beitrages für notwendig halten, dann dürfe das nicht auf dem von ihnen eingeschlagenen Wege geschehen, sondern es müsse ein Verbandstag einberufen werden, der über die Frage der Beitragserhöhung zu entscheiden habe.

Zu einem Beschluß kam die Versammlung noch nicht, weil die weitere Debatte wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt werden mußte.

Generalversammlung der Schneider.

Die am Montag abgehaltene Generalversammlung der Filiale Berlin nahm die Abrechnung vom dritten Quartal entgegen, die keinen Anlaß zu Einwendungen gab. — Der Vorsitzende machte Mitteilung von den zurzeit schwebenden Verhandlungen wegen Erhöhung der Teuerungszulagen. Hieran schloß sich eine Diskussion, in der alle Redner betonten, daß die seither gewährten Zulagen völlig unzureichend seien und eine wesentliche Erhöhung derselben unbedingt verlangt werden müsse. Die Lebenshaltung sei für die Schneider ebenso teuer wie für jeden anderen Arbeiter, es sei deshalb nicht einzusehen, weshalb die Schneider nicht Löhne fordern sollten, wie sie bei den Nähtungsarbeitern jetzt üblich seien. Die Versammlung beschloß, für alle Branchen, über deren Lohnverhältnisse jetzt verhandelt wird, eine Erhöhung der Teuerungszulage um 25 Proz. zu fordern, so daß also einschließlich der früher bewilligten Zulagen ein Zuschlag von 50 Proz. auf die Tariflöhne zu zahlen ist.

Eine ausgedehnte Debatte rief ein Antrag Schröders hervor, der die Beitragsleistung an die Generalkommission eingestellt wissen will. Der Antrag wurde begründet mit der politischen Haltung Regiens im besonderen und der Gewerkschaftsführer im allgemeinen. Der Verbandsvorsitzende Stübner widersprach dem Antrage aus formellen und sachlichen Gründen. — Die Fortsetzung der Debatte wurde bei vorgeschrittenen Zeit vertagt.

Deutsches Reich.

Bauarbeiterstreik.

Bei mehreren Bauunternehmern in Mainz und bei der Rheinischen Bauergesellschaft Gustaburg haben die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer sich weigerten, die Teuerungszulage zu erhöhen. Die Verbandsleitung hat Verhandlungen eingeleitet.

Erste Konferenz der Papierhandwerker Deutschlands.

Die Papierhandwerker machen jetzt eine Periode der Hochkonjunktur durch. Nach den neuen Produkten ist eine große Nachfrage; der Wirtschaftszweig ist ungeheuer ausdehnungsfähig und noch läßt sich nicht abschätzen, was wir alles jetzt und für die Zeit nach dem Kriege aus Papier hergestellt, erhalten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die davon betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen zeigen dagegen jetzt ein Bild vollkommener Regellosigkeit. Die Verdienste sind sehr schwankend und in den verschiedenen Betrieben ungleich; es besteht deshalb die Gefahr, daß bei einem später einsetzenden Preissturz, den nach einem Niedergehen der jetzigen Hochkonjunktur die Firmen untereinander auszukämpfen haben, die Arbeiter benachteiligt werden. Der Betrieb, der die niedrigsten Löhne zahlt, wird dann der Normalbetrieb. Eine erfolgreiche Gegenmaßnahme ist deshalb nur durch die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages durchzuführen.

Diesem Zweck diente eine Konferenz des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, die am vorigen Sonntag in Elberfeld stattfand und an der die Vertreter sämtlicher Fabrikbetriebe der Papierhandindustrie aus ganz Deutschland, auch der Verbandsvorsitzende Hüblich-Berlin teilnahmen. Der Bezirksleiter Steinbrück-Düsseldorf und Struy-Varmer hielten die Referate. Die Konferenz beschloß einstimmig, im Rahmen des Textilarbeiter-Verbandes einen einheitlichen Tarif über die Dauer des Krieges hinaus mit den Unternehmern abzuschließen.

Parteinachrichten.

Die tschechoslawische Sozialdemokratie.

Der Klub der tschechoslawischen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus hat seinen Vorstand neu gewählt. Durch die ganze Dauer dieses Klubs war dessen Obmann der Abgeordnete Remec. Nun wurde zum Obmann der Abgeordnete Habermann gewählt, der an der Leitung soviel aufzulegen hatte und nun offenbar zu zeigen haben wird, wie er die richtige Führung versteht. Als Stellvertreter wurden gewählt Remec und Lutz, in den Vorstand Bednarek, Pl. Komárek und Schömerl. Die ersten zwei gehören der stark nationalitätlichen „Opposition“ an. In den Vorstand des tschechoslawischen Verbandes wurden gewählt Habermann und Lutz. Danach wird also auch hier Habermann die Stelle des dritten Obmannes im tschechoslawischen Verband an Stelle Schömerls zu übernehmen haben.

Branting und die schwedische Staatskirche.

Der Regierungswechsel in Schweden hat der schwedischen Staatskirche ein neues Mitglied zugeführt, nur eines — aber allerdings einen Löwen: Hjalmar Branting mußte, um Minister werden zu können, der schwedischen Staatskirche wieder beitreten. Das geschah durch das folgende Schreiben an das Kirchengemeindeamt:

„Der Unterzeichnete, der am 3. März 1884 um das Recht zur bürgerlichen Trauung zu erlangen, seinen Austritt aus der schwedischen Staatskirche anmeldete, wobei er die Absicht eines Uebertritts zu der methodistischen Glaubensgemeinschaft angab, teilt eingetretener Umstände halber mit, daß der Eintritt in die genannte Glaubensgemeinschaft nicht erfolgt ist, und daß auch nicht die Absicht besteht, den Eintritt vorzunehmen. — Deswegen beantrage ich hiermit, daß der im Kirchenbuch enthaltene Vermerk, meinen Uebergang zu der methodistisch-episcopalen Glaubensgemeinschaft betreffend, annulliert wird.“

Stockholm, den 16. Oktober 1917. gez. Hjalmar Branting.

Branting, ist von seinem Posten als Chefredakteur des Hauptorgans der schwedischen Partei, des Stockholmer „Socialdemokraten“, deren Redaktion er über 30 Jahre angehörte, zurückgetreten.

An seiner Stelle ist der bisherige zweite Redakteur des Blattes, der neugewählte Reichstagsabgeordnete P. Albin Hansson, zum Chefredakteur ausgerufen worden.

Industrie und Handel.

Deutsch-österreichisch-ungarisches Wirtschaftsbündnis.

Wie die „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ aus Budapest erfährt, sind die Besprechungen, die zwischen den Vertretern der deutschen, österreichischen und ungarischen Regierung in den letzten Wochen in Budapest stattgefunden haben, zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Die Delegierten der drei Regierungen haben sich nunmehr nach Wien begeben, wo die Besprechungen unter dem Vorsitz des Sektionschefs im Ministerium des Äußern, Dr. Gustav Graf, fortgesetzt wurden.

Das Resultat der Besprechungen kann jetzt den Regierungen unterbreitet werden, damit festgestellt werden kann, auf welche Art und Weise die Neuregelung der Handelsbeziehungen stattfinden soll. Der Gedanke der Zollunion wurde fallen gelassen zugunsten einer gegenseitigen Vorzugsbehandlung der drei Staaten. Man hat auch die Möglichkeit erörtert, einen gemeinsamen Zolltarif aufzustellen. Dieser soll aber nicht in allen Punkten die gleichen Zollsätze aufweisen, sondern man hat bei manchen Positionen auch eine unterschiedliche Behandlung für möglich erachtet. Auf jeden Fall soll eine erhebliche Erweiterung der Freilisten für den gegenseitigen Verkehr für zweckmäßig gehalten worden sein.

Die Wiener Beratungen haben die vollständige Aufarbeitung des noch restlichen Materials zum Gegenstand. Die Schlussverhandlungen sollen in Berlin stattfinden, und zwar nach den bisherigen Dispositionen in der ersten Hälfte des Monats November.

Erit wenn diese Richtlinien, was nach Schluß der Novemberverhandlungen möglich sein dürfte, feststehen, können die Regierungen ihre Vorschläge den Interessenten zur Begutachtung unterbreiten.

Kriegshaufe.

Die Werterhöhung der an der Wiener Börse gehandelten Aktien seit Kriegsausbruch bis zum 20. September d. J. beträgt insgesamt circa 5000 Millionen Kronen. Die größten Steigerungen erfolgten bei den Aktien der Petroleumindustriengesellschaften mit durchschnittlich 861 Proz. und bei den Aktien der Seeschiffahrtsgesellschaften mit durchschnittlich 330 Proz. des Kurswertes vom 25. Juli 1914. Seit dem Stichtage der Berechnungen (20. September) sind die Kurse aller Papiere weiter in die Höhe gerückt worden. Bis jetzt beliefen sich die Kapitalvermehrungen der Banken auf 206 Millionen Kronen, im Emissionswerte von 451,4 Millionen und jene der Industrie- und Schiffahrtsgesellschaften auf 44 Millionen Kronen im Emissionswerte von 203 1/2 Millionen Kronen.

Dabei ist der Kreis der an der Wiener Börse gehandelten Wertpapiere recht klein, das Aktienkapital der österreichischen Gesellschaften geringer als das der deutschen.

Eingegangene Druckschriften.

Wie hat der Schiedsmann sein Amt zu führen? Von E. Christiani. 2 B. Verlag von H. W. Müller, Berlin.

Psychologische Berufsberatung. Von Otto Lipmann. 40 Pf. Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Wann kommt der Friede? Die Wirkungen des U-Boot-Krieges in amtlicher Darstellung. 56 Bl. München, Militärische Verlagsanstalt.

Niedergang oder Aufstieg. Von Paul Dehn. 60 Pf.

Deutschlands Finanz- und Handelsverhältnisse im Kriege. Von Joh. Roßke. Heymanns Verlag, Berlin und Glogau.

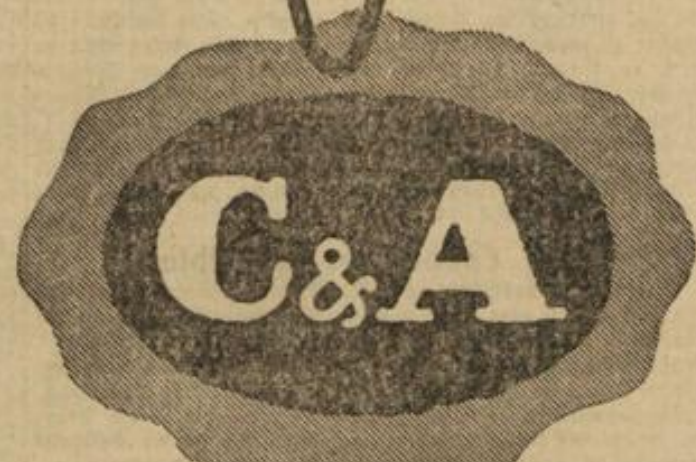
Verantwortlich für Politik: Erich Reimer, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schöke, Frankfurt; für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Dieses 1. Blatt und Unterhaltungsblatt.

Zum Mitsingen!



„Und wer das Lied nicht weiter kann, Der fängt's nochmal von vorne an!“



Rönigstr. 33

Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113

Beim Stettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!